

**GEMEINSAM VORAN**



# *Klarheit, Zukunft, Team*

*Die SPÖ-Wahlkampagne 2021 in Oberösterreich.*

*Analyse und Perspektiven.*

*Autor:innen*

*Jana Faus, Horand Knaup, Michael Rüter*

# GEMEINSAM VORAN



Die SPÖ ist für alle da: Kinderbildung, Situation der Frauen, Pflege & Betreuung, Zukunft der Arbeit. Es braucht eine starke Sozialdemokratie, um Oberösterreich noch besser und lebenswerter zu machen. Für alle, nicht nur für die Reichen.

Die ÖVP hat mit knapp 40 Prozent die Hand über 90 Prozent des Budgets. Große Macht bedeutet große Verantwortung. Wir verstehen uns zu 100 Prozent als Oppositionspartei und kontrollieren die ÖVP-Allmacht. Wir kontrollieren nicht nur, wir liefern auch. Landtag für Landtag bringen wir Vorschläge ein, um das Leben der Menschen besser zu machen. ÖVP und FPÖ hingegen haben ein ambitionsloses Budget vorgelegt, mit denen wir die Herausforderungen der Zukunft nicht meistern können. Deshalb haben wir das Budget abgelehnt – zum ersten Mal in dieser klaren und deutlichen Form.

SPÖ ist eine Partei, die die Zukunft gestalten will. Wir übernehmen Verantwortung für Land und Leute. Nicht aus Selbstzweck, sondern um das Leben zu verbessern, unsere Gesellschaft gerechter zu machen. Wir wollen die Menschen und unser Land wieder handlungsfähig machen - gegenüber Banken, Konzernen, Lobbys und Superreichen. Wir wollen die Globalisierung bändigen und allen Menschen ein zufriedenes Leben ermöglichen, auf das sie zurecht stolz sein können. Gute Politik unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Religion.

Mit dem Ergebnis der Wahlen sind wir nicht zufrieden. Als SPÖ sind wir verantwortlich für das Ergebnis – und verantwortlich, das Vertrauen der OberösterreicherInnen zu gewinnen. Darum haben wir uns entschieden, transparent und mit einem Blick von außen unsere Fehler zu analysieren, an uns zu arbeiten, um besser zu werden. Wir sind bereit zur Veränderung. **Wir wollen gemeinsam voran!**

# GEMEINSAM VORAN



## INHALT

Inhalt	
Vorwort.....	4
Zur Methodik.....	4
Die Soziographie Oberösterreichs .....	5
Die Landtagswahl 2021 .....	6
Die Wahl aus demoskopischer Sicht .....	7
Demoskopische Auffälligkeiten .....	12
Die (potenziellen) Wähler:innen der SPÖ .....	13
Die Spitzenkandidatin .....	19
Die Kampagne .....	21
Aufstellung und Verlauf .....	21
Thema Arbeit .....	22
Thema Bildung .....	24
Thema Pflege .....	25
Thema Klima .....	25
Social Media-Aktivitäten .....	25
Zielgruppen im Wahlkampf .....	26
Zwischenfazit .....	31
Die SPÖ in Österreich .....	32
Die SPÖ in Oberösterreich .....	33
Mitglieder- und Parteistruktur .....	35
Die Rolle der Bezirke .....	37
Andere Kraftzentren .....	37
Die Medien .....	41
Kernthesen .....	43
Es gibt nur eine Sozialdemokratie .....	43
Politik ist Organisation .....	43
Von Erfolgen lernen .....	44
Synergien nutzen .....	44
Was Partei und Gewerkschaft unterscheidet .....	45
Neue Köpfe für Land und Partei .....	45
Verankerung des:der Spitzenkandidat:in .....	45
Mit Haltung in die Zukunft .....	45
Abgrenzung zur Regierungspartei .....	46
Auf die Klarheit kommt es an .....	46
Impressum .....	47

# GEMEINSAM VORAN



## Vorwort

Mit 18,7 Prozent hat die SPÖ Oberösterreich bei der Landtagswahl 2021 das prozentual zweit-schlechteste Ergebnis seit 1945 verbucht, in absoluten Stimmen war es sogar das schlechteste. Es gab Erschwernisse: Wahlkampf in der üblichen Form war unter Pandemiebedingungen nur schwer möglich, die Einrichtung der Koalitionsregierung erschwerte Profilierung und eine eigene Positionierung, und natürlich war auch der nun über vier Jahrzehnte anhaltende Abwärtstrend im Bund zwischen 51 und 27 Prozent nicht hilfreich.

Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen hat sich die Führung der Landespartei entschlossen, die tieferen Ursachen des Niedergangs nicht nur in externen Faktoren zu suchen, sondern auch mögliche eigene Schwächen aufzuarbeiten. Das Ziel: Defizite analysieren, um in künftigen Kampagnen effizienter auftreten zu können. Vor allem aber, um die SPÖ Oberösterreich in ihrer Aufstellung zu einer modernen und schlagkräftigen Partei und Organisation zu entwickeln.

Dieser Schritt der Begutachtung von außen verdient Anerkennung. Denn sich mit den eigenen Defiziten zu befassen und sich von externem Sachverstand durchleuchten zu lassen, ist für politische Organisationen nicht nur ungewöhnlich, sondern immer auch heikel. Der Befund, wie immer er ausfällt, birgt stets auch Risiken für die Auftraggeber:innen; zumal in einer fragilen Phase wie jener, in der sich die SPÖ Oberösterreich derzeit befindet.

Inhaltlich hatte die Arbeitsgruppe freie Hand, bis auf die Aufgabendefinition gab es keine Vorgaben der Parteiführung. Die Liste der Gesprächspartner:innen und die Gesprächsprotokolle blieben und bleiben im Besitz der Arbeitsgruppe.

Es versteht sich, dass sowohl die Analyse der Kampagne als auch die Empfehlungen für die Zukunft nur Anstoß sein können. Zumal wenn diese Empfehlungen von Expert:innen aus dem Ausland kommen. Das ist den Autor:innen durchaus bewusst. Wie offen Partei und ihre Führung den Bericht diskutieren und welche Konsequenzen sie in welcher Form aus den Empfehlungen ziehen, bleibt natürlich ihnen überlassen. In jedem Fall gibt es für die SPÖ Oberösterreich eine Menge zu tun, um sich für die Zukunft wetterfester aufzustellen, wieder kampagnenfähiger zu werden, und dadurch auch wieder in den Bereich früherer Wahlergebnisse zu gelangen.

## Zur Methodik

Um einen Überblick über Konzeption, Verlauf, Stärken und Schwächen des Wahlkampfs, vor allem aber auch über mögliche Zukunftsperspektiven zu bekommen, wurden mit rund 40 Akteur:innen Interviews geführt: mit Gewählten und Ungewählten, mit Bürgermeister:innen, Mitarbeiter:innen, mit externen Expert:innen und Journalist:innen. Angereichert wurden diese Einschätzungen durch unmittelbare persönliche Wahrnehmungen und Erfahrungen der Arbeitsgruppenmitglieder. Hinzu kamen Daten und Materialien der quantitativen und qualitativen Wahlforschung. Grundlage der Befragungen war ein Leitfaden, der dem:der jeweiligen Gesprächspartner:in angepasst wurde.

Die Arbeitsgruppe wollte sich so einen Einblick in die Einzelheiten der Kampagne, die Sollbruchstellen der Partei und mögliche Wege aus den demoskopischen Niederungen verschaffen sowie mehr über Fehler, Versäumnisse, Allianzen und Eindrücke, subjektiv und objektiv, erfahren. Zudem wollte sie Antworten auf zumindest einen Teil der vielen offenen Fragen erhalten: Wie verlief die Aufstel-

lung der Spitzenkandidatin? Wieso holt die SPÖ Oberösterreich bei den Wahlen von Bürgermeister:innen und Gemeinderäten über 50 Prozent mehr Stimmen als bei der Landtagswahl? Wie ist der tiefe Graben zwischen dem Zentrum und den übrigen, überwiegend ländlichen Regionen zu erklären? Und warum ist die Partei in Oberösterreich so weit entfernt vom Image einer modernen, zukunftsorientierten, attraktiven Partei? Und daraus folgernd die Fragen aller Fragen: Wo liegen die Potenziale, um die SPÖ bei den nächsten Wahlen wieder glänzen zu lassen?

Die Zitate, die in die Texte eingearbeitet wurden, sind alle den Interviews entnommen. Es sind durchweg Zitate, die nicht solitär gefallen und deshalb als Ausnahme einzuordnen sind, sondern so oder ähnlich mehrfach geäußert wurden. Im Bericht wurde darauf verzichtet, Namen, Funktionen oder Ämter der Befragten aufzuführen. Auch persönliche Schwächen und menschliche Defizite blieben soweit wie irgend möglich außen vor. Sie würden den Blick aufs Wesentliche verstellen - es sei denn, sie gehen mit Strukturdefiziten einher. Im Folgenden sollen vor allem grundlegende Dinge und strukturelle Mängel aufgezeigt werden, aus denen sich für die Entscheidungsträger:innen der Partei zukunftsfähige, nutzbare und praktikable Schlüsse ziehen lassen.

## Die Soziographie Oberösterreichs

Oberösterreich ist nach Wien und Niederösterreich bevölkerungsmäßig das drittgrößte Bundesland Österreichs. Es ist aufgeteilt in 18 politische Bezirke (darunter 3 Statutarstädte) und gliedert sich weiter aus in 438 politische Gemeinden (darunter die drei Statutarstädte Linz, Steyr und Wels,

29 Stadtgemeinden, 151 Marktgemeinden und 225 (Orts-) Gemeinden). Die Landeshauptstadt Linz ist die größte Stadt Oberösterreichs und wird seit 2013 von Bürgermeister Klaus Luger (SPÖ) regiert. Auch Steyr wird mit Bürgermeister Markus Vogl von der SPÖ regiert. In Wels dagegen regiert seit 2015 erstmals die FPÖ unter Bürgermeister Andreas Rabl.

Anfang 2021 lebten in Oberösterreich knapp 1,5 Millionen Menschen (etwa 16,7 Prozent der österreichischen Gesamtbevölkerung), davon circa 1,1 Millionen Wahlberechtigte (in Österreich ab 16 Jahren). Die Gruppe der Wahlberechtigten besteht aus 51 Prozent Frauen und 49 Prozent Männer. Ein Drittel der Wahlberechtigten in Oberösterreich ist älter als 60 Jahre. Die Bevölkerung setzt sich zusammen aus circa 20,3 Prozent Kindern und Jugendlichen (0 bis 19 Jahre), 61,1 Prozent in der mittleren Altersgruppe/Haupterwerbssalter (20- bis 64-jährige) und 18,6 Prozent Senior:innen (ab 65 Jahre). Das Durchschnittsalter liegt bei 42,1 Jahren. Die städtischen Regionen weichen im Altersdurchschnitt kaum ab von den ländlichen Regionen. Es wird erwartet, dass die Bevölkerung insbesondere im Zentralraum Oberösterreich bis 2050 weiterwachsen wird.

Die Arbeitslosenquote in Oberösterreich ist die niedrigste in ganz Österreich und liegt mit etwa 3,9 Prozent (Stichmonat Oktober 2021) deutlich unter dem nationalen Durchschnitt von 6,5 Prozent. Das Bruttojahreseinkommen der ganzjährig nicht selbstständig Erwerbstätigen (Arbeitnehmer:innen) lag 2019 im Schnitt (Median) bei €32.072 pro Jahr und damit höher als das österreichische Durchschnittseinkommen von €30.299 pro Jahr.

Oberösterreich ist eine der führenden Industrieregionen Österreichs. Mit dem Standort Linz als ökonomischem Kraftzentrum, das zahlreiche Pendler:innen anzieht, auch aus Deutschland, ist

die Stadt nach Wien zweitwichtigster Wirtschaftsstandort Österreichs. Insgesamt bietet die Großregion mehr Arbeitsplätze als sie selbst Einwohner:innen hat. Wichtigste Wirtschaftszweige sind insbesondere die Stahl- und Metallindustrie, die Fahrzeugindustrie, die Chemie- und Papierindustrie sowie der Maschinen- und Anlagenbau.

Zugleich ist Oberösterreich eines der heterogensten Bundesländer Österreichs. Der Stadt-Land-Gegensatz ist einer der markantesten im ganzen Land. Neben den ökonomischen Wachstumspolen gibt es auch strukturschwache Regionen wie Rohrbach, Freistadt und Schärding, das Innere Salzkammergut oder Pyhrn-Eisenwurzen, die von erodierender Infrastruktur, sterbenden Arbeitsplätzen und Abwanderung bedroht sind. Eine solche Diversität erschwert politischen Parteien zentral gesteuerte Kampagnen immer und überall.

Gewerkschaften, insbesondere die Industriegewerkschaften, sind eine nicht wegzudenkende Größe im gesellschaftlichen Kräftespiel in Oberösterreich. Sie spielen in den Betrieben selbst, aber auch für die ökonomische Entwicklung eine zentrale Rolle. Gewerkschaften sind einer der zentralen Akteure der Gesellschaftspolitik - und nehmen dementsprechend traditionell auch entscheidende Rollen in der SPÖ ein. Allerdings: Auch in Oberösterreich sind zwei Drittel der Arbeitnehmer:innen im Dienstleistungsbereich beschäftigt; also nicht in jenen traditionellen Sektoren, die zu Selbstverständnis, Identität und Stärke der Industriegewerkschaften beigetragen haben. Hinzu kommt der Umstand, dass ein Drittel der Beschäftigten nur in Teilzeit arbeitet und sich darüber natürlich auch das Verhältnis zu Arbeit und Beruf anders definiert als in den klassischen Vollzeit-Beschäftigungsverhältnissen.

## Die Landtagswahl 2021

Die Landtagswahl 2021 verlief für die SPÖ Oberösterreich nicht besonders erfolgreich. Zwar legte sie mit einem Ergebnis von 18,58 Prozent im Vergleich zu 2015 um 0,21 Prozentpunkte zu, doch die 150.094 für die SPÖ abgegebenen Stimmen waren in absoluten Zahlen das schlechteste Ergebnis seit 1945. Zudem wurden die angestrebten 20 Prozent nicht übersprungen, und die SPÖ vermochte schließlich auch nicht wie erhofft die FPÖ (19,77 Prozent) von Platz zwei zu verdrängen. Am Ende fehlten aber nur 10.000 Stimmen auf die Freiheitlichen, die mit einem Minus von 10,59 Prozentpunkten als eindeutiger Wahlverlierer vom Platz gingen.

	2021	2015	Differenz
ÖVP	37,61%	36,37%	+1,24%
FPÖ	19,77%	30,36%	-10,59%
SPÖ	18,58%	18,37%	+0,21%
Grüne	12,32%	10,32%	+2,00%
NEOS	4,23%	3,47%	+0,76%
MFG	6,23%	0% (Gegründet 2021)	+6,23%

Nach wie vor leiden die Sozialdemokrat:innen unter dem herben Einbruch von 13,4 Prozentpunkten, den sie 2009 kassierten, als sie seinerzeit von 38,3 auf 24,9 Prozent abstürzten.

Unangefochten auf Platz eins landete auch 2021 die ÖVP (37,61 Prozent), die ihr mäßiges Resultat von 2015 wieder um 1,24 Prozent steigern konnte und mit Spitzenkandidat Thomas Stelzer weiterhin den Landeshauptmann stellt. Stelzer stellte sich zum ersten Mal einer Landtagswahl, eine Herausforderung, die er souverän bestand.

# GEMEINSAM VORAN



Die Wahlbeteiligung lag bei 76,37 Prozent, die schlechteste der letzten 25 Jahre.

Erstaunlich erfolgreich schnitt die 2021 gegründete MFG Österreich (Menschen, Freiheit, Grundrechte) ab, eine impfkritische Kleinpartei, die hauptsächlich in Oberösterreich aktiv ist. Sie kam auf 6,23 Prozent und zog mit drei Mandaten neu in den Landtag in Linz ein. Ebenfalls neu im Landtag vertreten sind die NEOS mit einem Ergebnis von 4,23 Prozent (plus 0,76 Prozent), was erstmals für zwei Mandate reichte. Die Grünen, die sich auf Grund ihres Kernthemas Klima größere Zuwächse erhofft hatten, legten genau zwei Prozentpunkte zu und kamen damit auf 12,32 Prozent.

ÖVP	22 Mandate (+1)
FPÖ	11 Mandate (-7)
SPÖ	11 Mandate ( $\pm 0$ )
Grüne	7 Mandate (+1)
MFG	3 Mandate (+3)
NEOS	2 Mandate (+2)

So besteht die neunköpfige Regierung aktuell aus Thomas Stelzer (ÖVP, Landeshauptmann seit 2019), Christine Haberlander (ÖVP, stellv. Landeshauptmann), Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer (ÖVP), Markus Achleitner (ÖVP), Michaela Langer-Weniger (ÖVP), Birgit Gerstorfer (SPÖ), Stefan Kaineder (Grüne), Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ) und Günther Steinkeller (FPÖ).

Ihre stärksten Kohorten hatte die ÖVP bei den über 60-Jährigen, dort holte sie die absolute Mehrheit. Die Grünen waren bei den unter 29-Jährigen stark (doppelt so stark wie die SPÖ), die SPÖ wiederum hatte ihr Ergebnis vor allem den Pensionist:innen

zu verdanken. Noch ein paar ausgewählte Beobachtungen: Die SPÖ hat ihren Nimbus als Arbeiter:innenpartei verloren. Sie holte dort nur noch 21 Prozent, die rechtsnationale FPÖ dagegen 52 Prozent. Auch unter den Akademiker:innen schnitt die SPÖ mit 15 Prozent unterdurchschnittlich ab, während insbesondere die Grünen dort punkteten (26 Prozent) und auch die ÖVP mit 35 Prozent vorzeigbar abschnitt. FPÖ und MFG währenddessen haben mit jeweils drei Prozent unter den gut Gebildeten keine Chance.

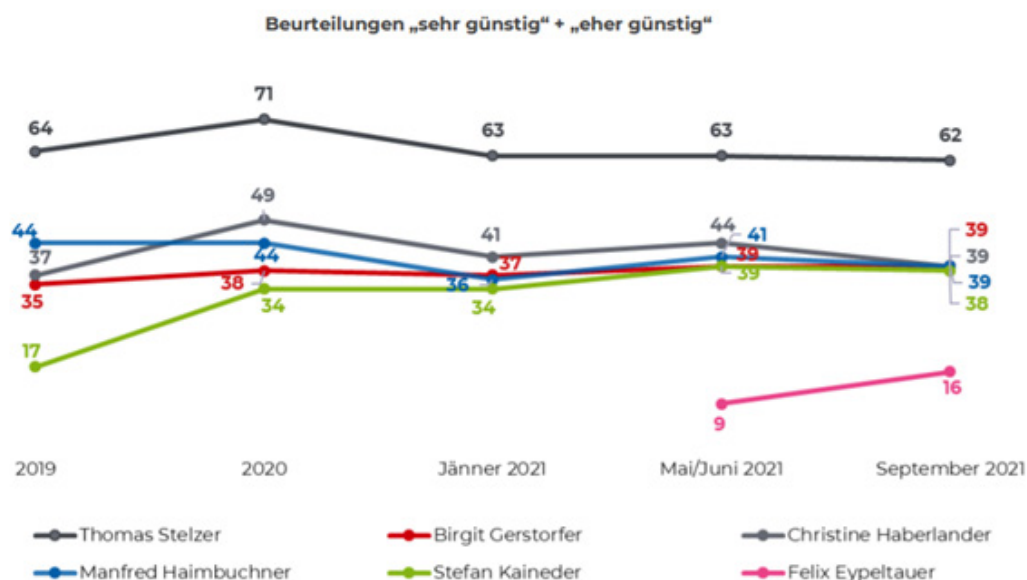
Die meisten Wähler:innen, nämlich rund 27.000, verlor die SPÖ an die Nichtwähler:innen, allerdings wanderten auch einige tausend an die Impfgener:innen der MFG ab.

## Die Wahl aus demoskopischer Sicht

Dass die Wahl für die SPÖ nicht erfreulicher ausfiel, hat eine Reihe von Gründen und nicht alle sind selbst verursacht. Mit einer Arbeitslosenquote von 3,5 Prozent gehört Oberösterreich zu den wirtschaftlich stärksten und erfolgreichsten im Land. Die Herausforderung besteht derzeit eher darin, offene Stellen zu besetzen, als neue zu schaffen.

Auch der Landeshauptmann bot nur wenige Angriffspunkte. ÖVP-Mann Thomas Stelzer wies hervorragende Zufriedenheitswerte von über 60 Prozent auf. Alle anderen Kandidierenden erreichten Werte um die 39 Prozent, mit Ausnahme von Felix Eypeltauer (NEOS), der mit rund 16 Prozent deutlich darunter lag.

# GEMEINSAM VORAN



Grafik 1: Positive Beurteilungen von Politiker:innen - Zeitvergleich. Quelle: IFES – Institut für empirische Sozialforschung, Oktober 2021.

Auch das Team der ÖVP wurde von vielen Befragten als gut beschrieben (34 Prozent), nur jede: zehnte Wahlberechtigte glaubte jedoch, die SPÖ habe ein gutes Team.

In Oberösterreich herrschte also eine weithin zufriedene Grundstimmung vor. Eine breite Mehrheit der Bevölkerung ging im Frühjahr 2019 davon aus, dass sich Oberösterreich in die richtige Richtung entwickelt. Diese positive Einschätzung verbesserte sich noch zum Sommer 2021 hin. Eine Wechselstimmung war also mitnichten vorhanden - keine gute Ausgangslage für jede:n Herausforder:in.

Diese positive Einschätzung wurde zwar mehrheitlich von ÖVP-Anhänger:innen getragen, aber auch unter SPÖ-Anhänger:innen sowie unter Sympathisant:innen der Freiheitlichen und der Grünen überwog ein eher optimistischer Blick in die Zukunft. Lediglich MFG-Sympathisant:innen blickten nach den Analysen der Demoskop:innen mit Sorge in die Zukunft. Und auch im potenziellen SPÖ-Spektrum

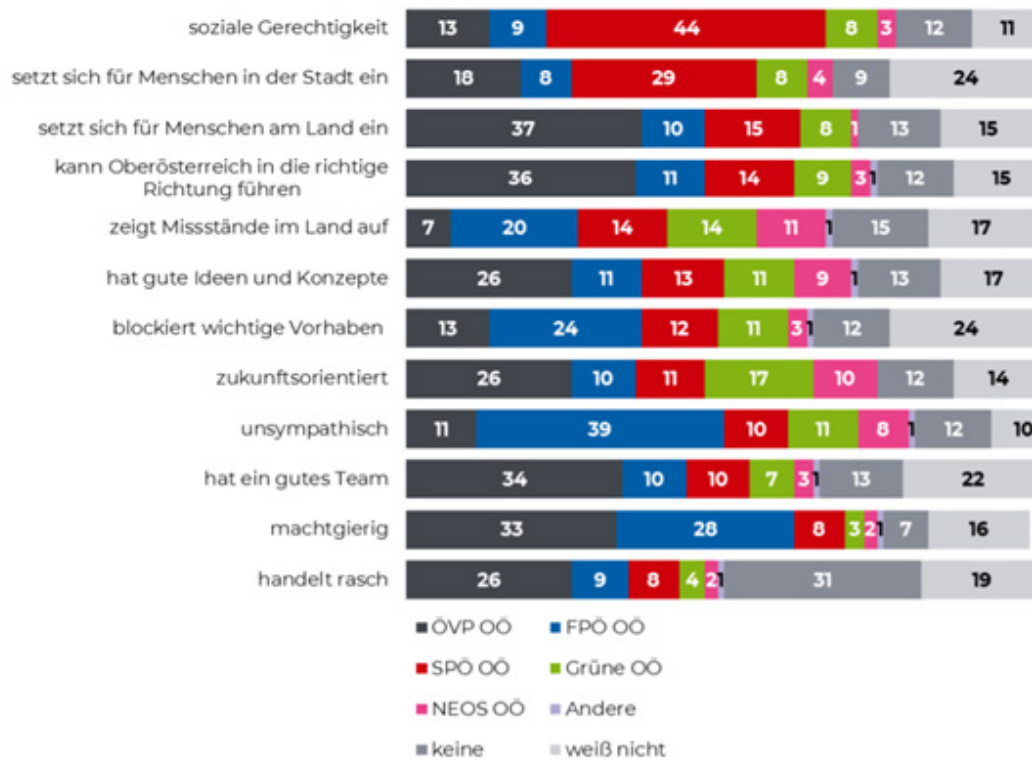
fiel die Zukunftsaussicht optimistisch aus, ganz besonders unter denjenigen, für die die SPÖ die zweite Wahl darstellte.

Dieser Optimismus machte es für die SPÖ schwierig, den Wählenden zu vermitteln, warum ein Wechsel sinnvoll sein könnte. Zumal das in Oberösterreich geltende Proporzsystem Angriffe auf die Partei des Landeshauptmanns von vornherein erschwert: Da der Landeshauptmann den Regierungsvorsitz quasi als primus inter pares führt, wird ein Wahlkampf nicht aus der Opposition herausgeführt, sondern als Teil der Regierung. Das ist eine schwierige Rolle und immer eine Gratwanderung.

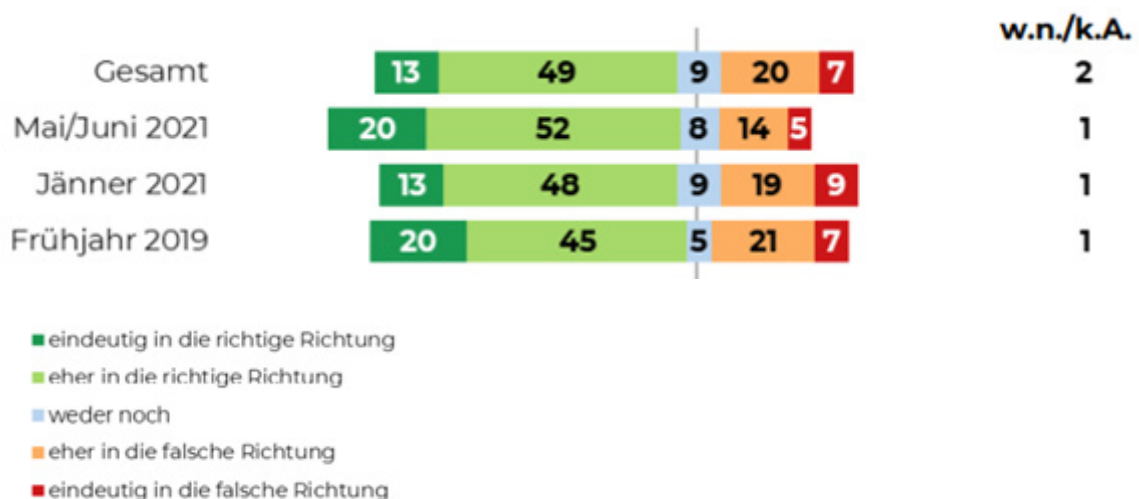
Hinzu kommt: Die eigenen Anhänger:innen hatten nicht unbedingt Vertrauen in die Regierungsfähigkeit der SPÖ, sondern assoziierten die Partei mit dem eher klassischen Oppositionsitem „zeigt Missstände im Land auf“ (43 Prozent). Ein Wert, der allerdings von der FPÖ unter ihren Wähler:innen (65 Prozent) weit übertroffen wurde.



# GEMEINSAM VORAN



Grafik 2: Eigenschaften der Parteien in Oberösterreich. Quelle: IFES – Institut für empirische Sozialforschung, Oktober 2021, Juni 2021, n=827.

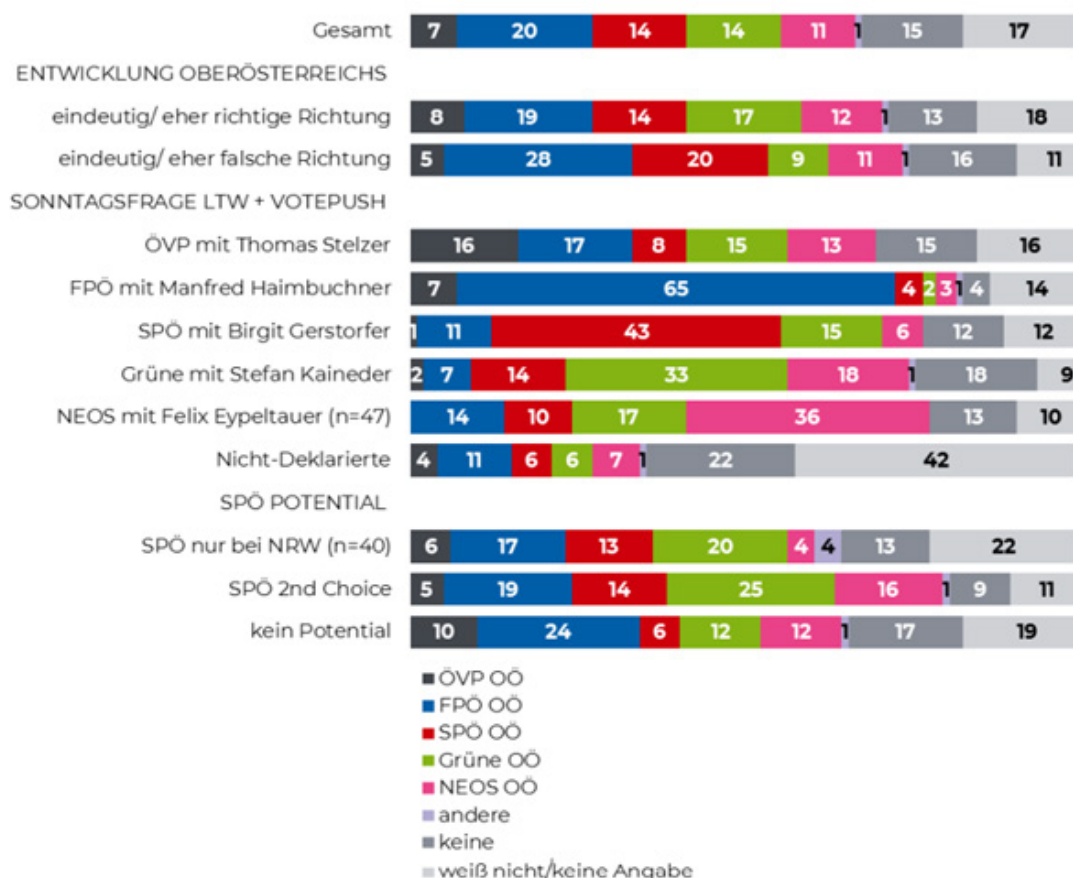


Grafik 3: Entwicklung Österreichs. Quelle: IFES Blitzumfrage LTW 2021, September 2021, n= 838.

# GEMEINSAM VORAN



zeigt Missstände im Land auf



Grafik 4: Quelle: IFES Landespolitische Themenlage, 2021, Juni 2021, n=827.

Genau das aber - Regierungsfähigkeit - wurde der ÖVP zugetraut. Mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten glaubte, die ÖVP könne Oberösterreich in die richtige Richtung führen, nur 14 Prozent trauten das der SPÖ zu.

Der konservativen ÖVP wurde auch am ehesten Zukunftsorientierung zugeschrieben (26 Prozent), gefolgt von den Grünen mit 17 Prozent. Die SPÖ landete mit 11 Prozent auf Platz drei, mit ähnlichen Werten wie die FPÖ und NEOS (jeweils 10 Prozent). Für eine sozialdemokratische Partei, die den gesell-

schaftlichen Fortschritt in ihrem Selbstverständnis verankert hat, ist ein solcher Wert dramatisch.

*Zitat: „Wir erklären den Leuten immer, dass alles furchtbar und traurig und schlecht ist, aber ein positives Bild, eine positive Utopie davon, wie es sein könnte und was unser Anteil daran ist, vermitteln wir nicht.“*

Der ÖVP hingegen wurde zugeschrieben, über gute Ideen und Konzepte zu verfügen (26 Prozent).

# GEMEINSAM VORAN

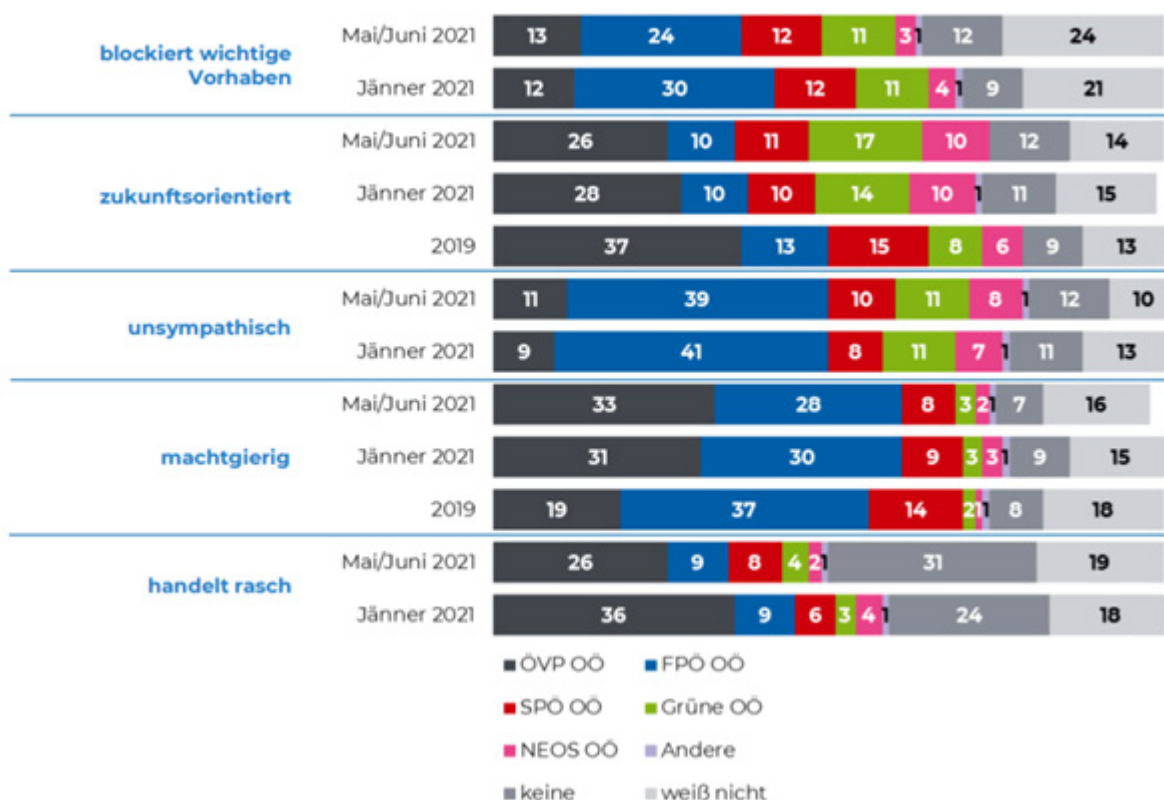


Auch hier landete die SPÖ weit abgeschlagen mit 13 Prozent auf Platz zwei, die FPÖ und die Grünen kamen jeweils auf 11 Prozent.

Wenn Wähler:innen mit der aktuellen Situation zufrieden sind, optimistisch in die Zukunft schauen, der Partei des Landeshauptmanns zutrauen, das Land (weiterhin) in die richtige Richtung zu führen, ihr Zukunftsorientierung und gute Ideen attestieren, gibt es auf den ersten Blick nur wenige Gründe, dieser Partei ihre Stimme zu verweigern. Zumal die SPÖ nur in wenigen Punkten vor der ÖVP lag: Immerhin 44 Prozent gaben an, dass sich die SPÖ für soziale Gerechtigkeit engagiert (ÖVP: 13 Prozent) und 29 Prozent glaubten, dass sie sich für Menschen in der Stadt einsetzt (ÖVP: 18 Prozent).

Hier wird ein heikler Stadt-Land-Konflikt offenbar: Die ÖVP setzt sich aus Wähler:innensicht für die Menschen auf dem Land ein (37 Prozent; SPÖ: 15 Prozent), die SPÖ für die Menschen in der Stadt. Diese Einschätzung der Wähler:innen spiegelte sich auch in ihrem Wahlverhalten wider.

Einziger wirklicher Schwachpunkt der ÖVP, der sich auch unmittelbar zeigte, war die Machtgier, die ihr viele unterstellten (33 Prozent). Das galt auch für die Freiheitlichen (28 Prozent), mit denen die SPÖ um Platz zwei kämpfte. Dagegen unterstellten nur acht Prozent der Befragten der SPÖ Machtgier. Nachdem die ÖVP den Wahlkampf bereits krisengeschüttelt eröffnet hatte, verstärkte sich dieser Eindruck während des Wahlkampfs noch einmal.



Grafik 5: Eigenschaften der Parteien in Oberösterreich. Quelle: IFES Landespolitische Themenlage, 2021, Juni 2021, n=827.

Doch wirklich Schaden nahm sie deshalb nicht. Vielmehr erwies sich das umfassende Vertrauensdefizit als schwere Hypothek für die SPÖ, die das Ruder in wenigen Monaten nicht herumreißen konnte. Zumal gemäß der Umfragen auch die SPÖ-Spitzenkandidatin hier keine Zugkraft erzeugen konnte. Sie war für die Befragten nur das drittwichtigste Motiv, sozialdemokratisch zu wählen. Wichtiger waren den Befragten die inhaltlichen Positionen der SPÖ und Gewohnheit „Ich wähle immer diese Partei“.

Ähnlich wie das Bundesland Steiermark ist auch Oberösterreich ein besonderer Fall von „Swings-tate“, was sich an unberechenbaren, knappen oder überraschenden Wahlergebnissen festmachen lässt. Zwar wechseln nicht laufend die Mehrheitsverhältnisse, aber oberösterreichische Wahlergebnisse zeigen oftmals spätere nationale Trends an oder fungieren als „Stimmungstest“.

Zusätzlicher Ballast, der schwer auf der Landes-SPÖ lastet, ist die Schwäche der Bundespartei. Seit dem Abgang von Spitzenmann Christian Kern 2018 hat die Bundes-SPÖ nicht mehr richtig Wind unter die Flügel bekommen, und konnte sich weder das Corona-Debakel der Bundesregierung noch den Abgang von Kanzler Sebastian Kurz zunutze machen. Es liegt auf der Hand, dass unter diesen Umständen auch die SPÖ in Oberösterreich nur schwer an Attraktivität zulegen kann.

Auch Politikwissenschaftler:innen gehen davon aus, dass die SPÖ in Oberösterreich „strukturell diejenigen Wähler:innen kriegt, die sie ungefähr auch im Bund kriegt. Auch die Stärke ist durch den Bundestrend determiniert“. Die Analyse eines Politikwissenschaftlers: „Es ist ein gänzlich unspektakuläres Ergebnis.“

## Demoskopische Auffälligkeiten

In Oberösterreich finden Gemeinderatswahlen jeweils im gleichen Jahr wie die Landtagswahlen statt. Außerdem gibt es seit 1997 eigene Bürgermeister:innenwahlen. Umso mehr fällt auf, dass die SPÖ 2021 bei den gleichzeitig abgehaltenen Gemeinderats- und Bürgermeister:innenwahlen weitaus besser abgeschnitten hat als bei den Landtagswahlen.

Bei den Bürgermeister:innen-Prozenten lag sie mit landesweit knapp 29 Prozent mehr als zehn Prozentpunkte über dem Ergebnis der Landtagswahl. Auch bei den Gemeinderatswahlen eroberte sie Platz zwei (mit 27,1 Prozent) - mit großem Vorsprung vor der FPÖ. Und das nicht zum ersten Mal: Auch bei früheren Wahlen schnitt die Landespartei wiederholt deutlich schlechter ab als der Schnitt der kommunalen Kandidat:innen. Die SPÖ ist also nach wie vor in der Lage, Wähler:innen an sich zu binden.

Und doch stellt sich die Frage: Woran liegt es, dass die Partei auf der kommunalen Ebene so viel besser abschneidet als bei der Landtagswahl? Warum sind die kommunalen Kandidat:innen in ihren lokalen Kampagnen so viel überzeugender im Vergleich zur Landespartei? Wie kommt es, dass die Partei vor Ort und im Nahkontakt erheblich viel mehr Vertrauen und Unterstützung erfährt als auf der überregionalen Ebene? Und warum lässt sich dieser Zuspruch vor Ort nicht auf die größere (Landes-) Bühne übertragen?

Es ist jedenfalls offensichtlich, dass es der SPÖ nicht gelingt, sich den gemeinsamen Wahltermin von Landtags-, Bürgermeister:innen- und Gemein-

deratswahlen nutzbar zu machen. Zum einen sind die besseren Kommunalwahlergebnisse im Vergleich zu den Landesergebnissen signifikant, zum anderen hat der gemeinsame Wahltermin 2021 schon zum dritten Mal in Folge keinen Mehrwert für die Landespartei erbracht.

Auf Gemeindeebene blieb die ÖVP vor allem in den ländlichen Regionen stimmenstärkste Partei und ist in insgesamt 367 von 438 Gemeinden am stärksten vertreten. Die SPÖ wurde in 58 Gemeinden stärkste Partei, darunter Linz, Steyr und umliegende Gemeinden, aber auch in einigen Kommunen im dünnbevölkerten ländlichen Süden Oberösterreichs. In Wels und in acht weiteren Gemeinden wurde die FPÖ stimmenstärkste Partei. Lokalparteien setzten sich in vier Gemeinden durch.

Das Ergebnis der Gemeinderatswahlen in Oberösterreich (bei einer leicht niedrigeren Wahlbeteiligung von 72,04 Prozent im Vergleich zur Gemeinderatswahl 2015 mit 78,72 Prozent) fiel folgendermaßen aus:

	2021	2015	Differenz
ÖVP	40,17%	39,60%	+0,57%
FPÖ	16,96%	22,26%	-5,30%
<b>SPÖ</b>	<b>27,12%</b>	<b>27,63%</b>	<b>-0,51%</b>
Grüne	8,75%	6,75%	+2,00%
NEOS	1,22%	1,04%	+0,18%
MFG	1,27%	0% (Gegründet 2021)	+1,27%

Auf Landesebene sind die regionalen Unterschiede weniger deutlich ausgeprägt, dafür fällt die Differenz zwischen ÖVP und SPÖ umso größer aus: Bei der Landtagswahl war die ÖVP in 426 von 438 Gemeinden die stimmenstärkste Partei (darunter Linz

und Wels), die SPÖ in neun Gemeinden (darunter Steyr) und die FPÖ in drei Gemeinden.

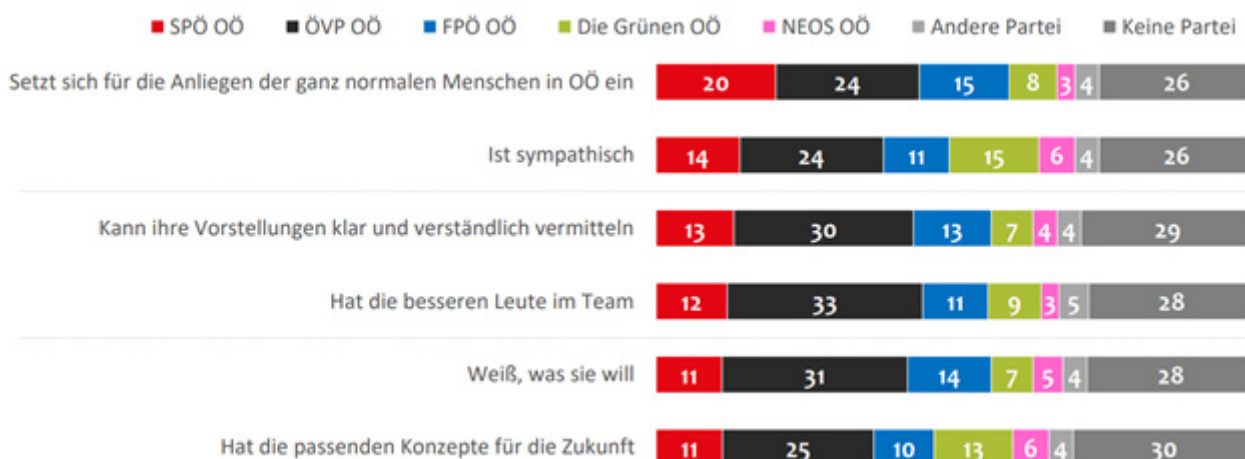
Auffällig ist auch die unterschiedliche Wahlbeteiligung. Große Städte wie Linz, Wels und Steyr weisen eine signifikant geringere Wahlbeteiligung auf als kleinere Gemeinden. Das zeigt zweierlei: Die im urbanen Raum stärkeren Parteien wie die SPÖ haben es nicht geschafft, Wähler:innen ausreichend zu mobilisieren. Zum anderen ergibt sich für die ÖVP ein struktureller Vorteil, der erstmal aufgeholt werden will. Bei solch gravierenden Unterschieden in der Wahlbeteiligung hilft es auch nicht, dass mehr als die Hälfte der Oberösterreicher:innen im urbanen Raum beheimatet ist.

	Städtischer Bereich	Ländlicher Bereich
Linz	63,69%	
Wels	63,95%	
Steyr	65,89%	
Mayrhof		89,47%
St. Veit im Innkreis		88,68%
Rutzenham		92,73%

## Die (potenziellen) Wähler:innen der SPÖ

Eine hohe Zufriedenheit mit dem Landeshauptmann, eine geringe Arbeitslosenquote und generell eine fehlende Wechselstimmung - die SPÖ hatte bei der Landtagswahl 2021 keinen leichten Stand. Das Thema Arbeit entwickelte nicht die erhoffte Zugkraft und die Wähler:innen fanden nur

# GEMEINSAM VORAN



Grafik 6: Wahrnehmung der Parteien in Oberösterreich. Quelle: INTEGRAL Markt- und Meinungsforschung, Oktober 2020, n=800.

zu einem kleinen Teil, dass die SPÖ „die passenden Konzepte für die Zukunft“ in der Schublade hat. Am gravierendsten war aber der Befund, dass nur elf Prozent der Wähler:innen der SPÖ attestierten, dass sie „weiß, was sie will“.

In die gleiche Problemkategorie gehört auch die Antwort auf die Frage nach den wichtigsten Nichtwahlgründen des SPÖ-Potenzials, nämlich dass die Partei „zu wenig klar in ihren Forderungen ist“.

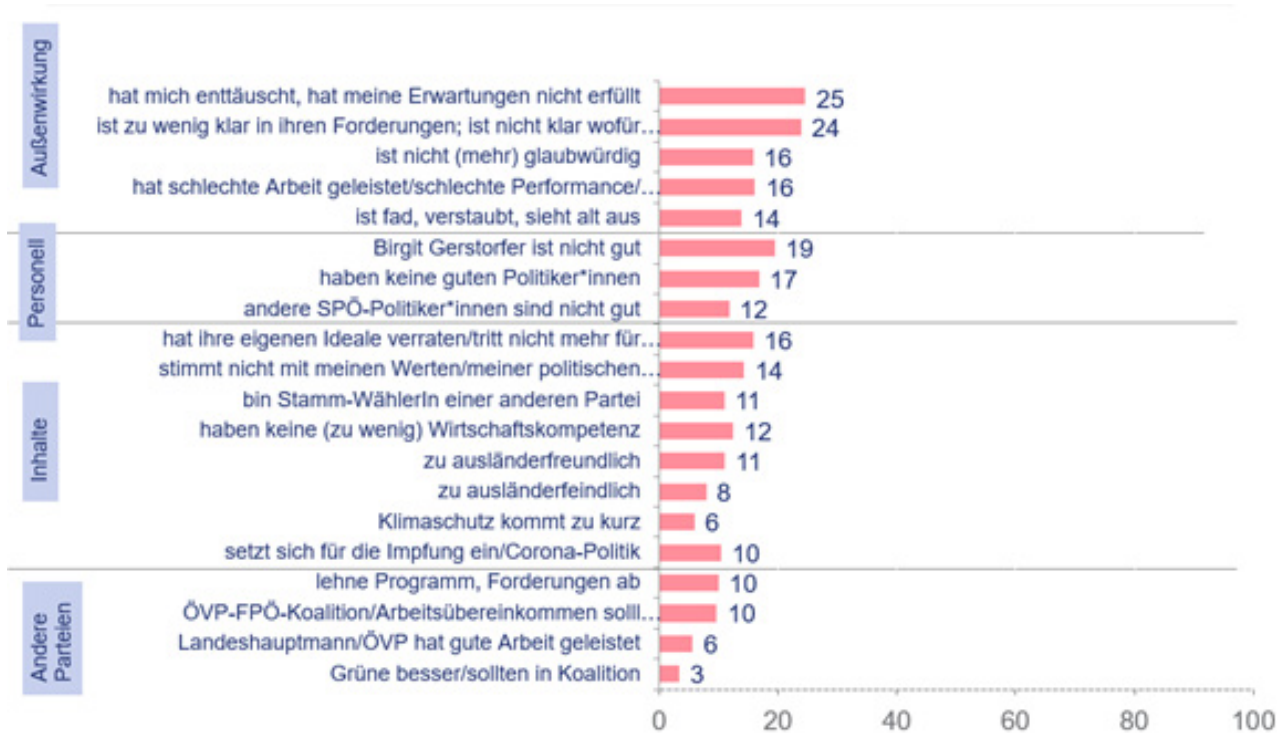
Es gab für viele Wählende 2021 also keinen Grund, ihre Stimme der SPÖ zu geben. Und so wählte nur ein Drittel des eigentlichen SPÖ-Potenzials auch tatsächlich die Sozialdemokratie, 21 Prozent stimmten für die ÖVP, 13 Prozent für die Grünen.

Auch nach den zahlreichen Gesprächen, die die Arbeitsgruppe geführt hat, ließ sich kein einziger von allen geteilter Grund herausdestillieren, warum die Menschen in Oberösterreich ihre Stimme

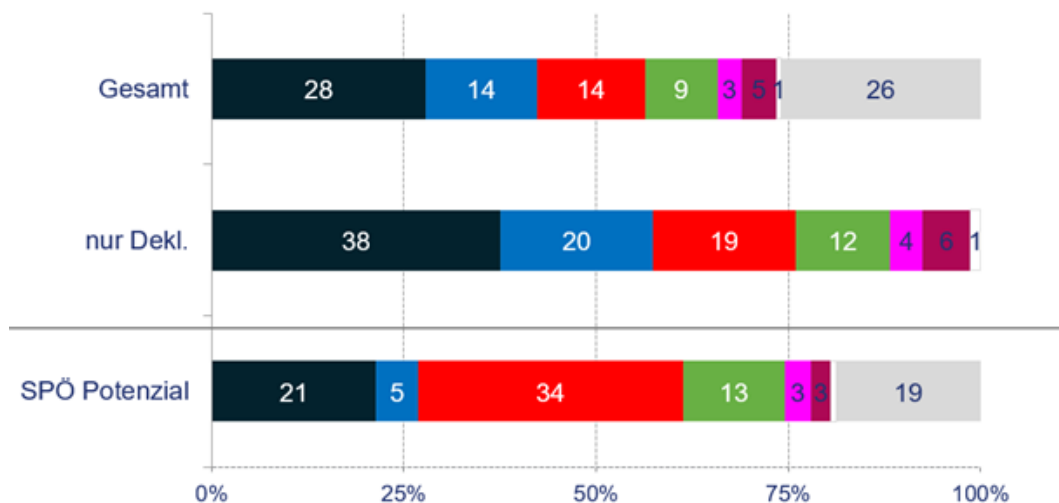
für die SPÖ hätten abgeben sollen. Zukunftsperspektiven wurden jeweils nur für die eigenen - entweder lokalen oder gewerkschaftlichen Ziele - formuliert. Offensichtlich fehlt also ein gemeinsames themenspezifisches Fundament, eine überzeugende Vision für die Zukunft Oberösterreichs. Dieses Fundament zu errichten, ist auch im Wahlkampf 2021 nicht gelungen.

Dennoch, so ermittelten die Wahlforscher:innen, gibt es nach Ansicht der Oberösterreicher:innen einige Themen, mit denen sich die Landespolitik in den nächsten Jahren beschäftigen sollte: allen voran Wirtschaft und zukunftsfeste Arbeitsplätze, gefolgt von Gesundheit und Pflege sowie Klima- und Umweltschutz.

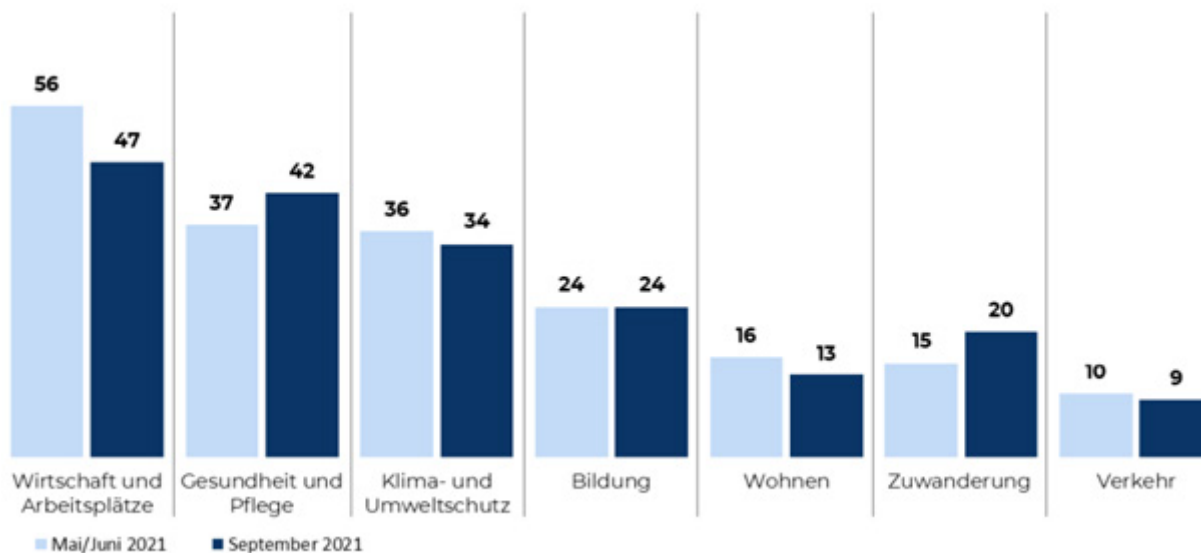
# GEMEINSAM VORAN



Grafik 7: Zentraler Grund, nicht die SPÖ zu wählen (SPÖ Potenzial). Quelle: SORA Oberösterreich Nachwahlanalyse, November 2021.



Grafik 8: Wie hat das SPÖ Potenzial bei der LTW gewählt? Quelle: SORA Oberösterreich Nachwahlanalyse, November 2021, n=1.463.



Grafik 9: Die wichtigsten Themen September 2021 – Vergleich zu Mai/Juni 2021.  
Quelle: IFES Blitzumfrage LTW 2021, September 2021, n=838.

Trotz der geringen Arbeitslosigkeit in Oberösterreich haben rund 30 Prozent der Wählenden im SPÖ-Potenzial Angst vor einem möglichen Verlust ihrer Arbeit. Der SPÖ ist es durchaus gelungen, ihre Kompetenz rund um das Thema Arbeit herauszuarbeiten, nicht zuletzt beim engagierten Kampf für den Erhalt der MAN-Arbeitsplätze in Steyr.

Gleichzeitig offenbart sich bei diesem Thema aber ein Dilemma: Während sich im ersten Lockdown in Oberösterreich, bei dem viele Arbeitnehmer:innen von Kurzarbeit betroffen waren, der drohende Stellenabbau noch als Mobilisierungsthema für die SPÖ erwiesen hatte, entspannte sich die Situation nach dem Ende des Lockdowns rasch wieder.

Das Thema verlor an Zugkraft, das anhaltende Ringen um die vermeintlich gefährdeten Arbeitsplätze erschien wenig glaubhaft. Wie bereits erwähnt geht es in Oberösterreich eher darum, offene Stellen zu besetzen als neue Arbeitsplätze zu schaffen.

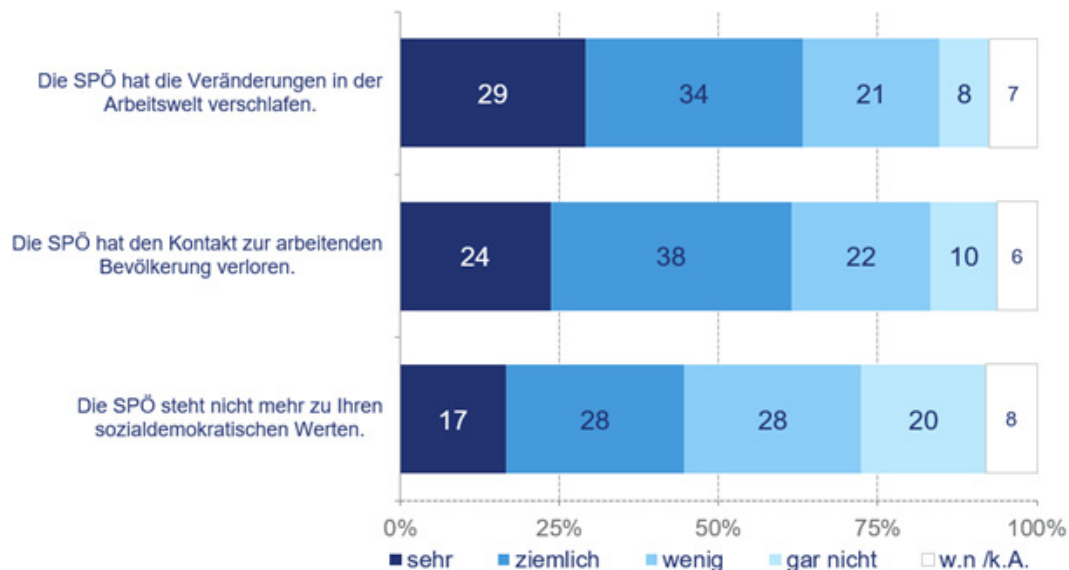
Besonders Grüne-Wählende schreiben der SPÖ Kompetenzen im Bereich der Arbeit zu. Deshalb könnte es hier künftig sinnvoll sein, insbesondere Grünen-Sympathisant:innen sozialdemokratische Konzepte gegen den Fachkräftemangel und für eine moderne Arbeitswelt anzubieten.

Das gilt aber darüber hinaus für das gesamte SPÖ-Potenzial: Selbst die Sympathisant:innen sind mehrheitlich der Ansicht, die SPÖ reagiere zu spät auf die Veränderungen in der Arbeitswelt und habe den Kontakt zur arbeitenden Bevölkerung verloren.

Ganz offensichtlich ist es im Wahlkampf also nicht gelungen, Themen der modernen Arbeitswelt und einer modernen Industriepolitik ausreichend und in der gebotenen Klarheit zu präsentieren. Bestehende Wähler:innenschichten konnten mit diesem Thema zwar angesprochen, aber keine neuen Wähler:innen hinzugewonnen werden. Für die Zukunft muss also gelten, diese Themen nicht nur wieder



# GEMEINSAM VORAN



Grafik 10: Meinungen zur SPÖ ÖÖ „Arbeit und Werte“ (SPÖ Potenzial). Quelle: SORA Nachwahlanalyse, November 2021, n=838.

stärker in den Fokus zu rücken, sondern auch eine klare sozialdemokratische Handschrift erkennbar werden zu lassen. Dabei sollte es nicht nur um Arbeitsplatzsicherheit gehen, die überwiegend nicht das Kernproblem ist, sondern das Thema Arbeit sollte als Ganzes in den Blick genommen werden.

Dazu gehören:

- Die ökologische Transformation, die ob der hohen Bedeutung der Stahl- und Metallindustrie, der Fahrzeugindustrie sowie der Chemie- und Papierindustrie in Oberösterreich in den nächsten Jahren mit Sicherheit noch bedeutsamer werden wird.
- Die Rolle der Frau in der modernen Arbeitswelt, was nicht nur als Thema der Gendergerechtigkeit verstanden werden sollte, sondern auch als ein volkswirtschaftliches. Bieten Frauen doch einen großen Pool an Fachkräften, der bisher nicht ausreichend genutzt wurde. Ein durchaus maßgeblicher Grund hierfür ist die eher konservati-

ve Prägung der oberösterreichischen Seele, die nach wie vor die Frau eher am Herd und in der Kindererziehung verortet als an einem Schalterpult oder gar im Management eines Unternehmens. Auch wenn sich das Rollenbild in den jüngeren Generationen nach und nach wandelt, ist auch ein gegenläufiger Trend zu beobachten - eine Retraditionalisierung. Dieser Konflikt wird in den nächsten Jahren ebenfalls an Relevanz gewinnen und die SPÖ mit ihrem Selbstverständnis als progressive Partei ist gut beraten, schon heute ihr Wertekorsett zu diesem Thema klar zu definieren.

- Das vergleichsweise hohe Durchschnittsalter in Oberösterreich, wodurch es zukünftig auch darum gehen wird, neue Arbeitskräfte für die expandierenden Unternehmen zu gewinnen. Neben einer höheren Frauenerwerbsquote muss das Bundesland auch für Zuzüge aus Europa (und darüber hinaus) offen sein. Der Wettbewerb um die besten Köpfe wird in den wachstumsstarken

# GEMEINSAM VORAN



Regionen Europas längst entschlossen geführt. Für diese Themen sollte die SPÖ einerseits eine klare Haltung und Position entwickeln, andererseits passgenaue Integrationskonzepte gerade in den Kommunen erarbeiten.

- Die Frage der Mobilität, die in Zukunft noch relevanter werden wird. Insbesondere für die Anbindung und Mobilität in den ländlichen Regionen sind sozialverträgliche und nachhaltige Konzepte gefragt.
- Und letztlich auch die Frage steigender Lebenshaltungskosten, die für normale Arbeitnehmer:innen zu bewältigen sein müssen.

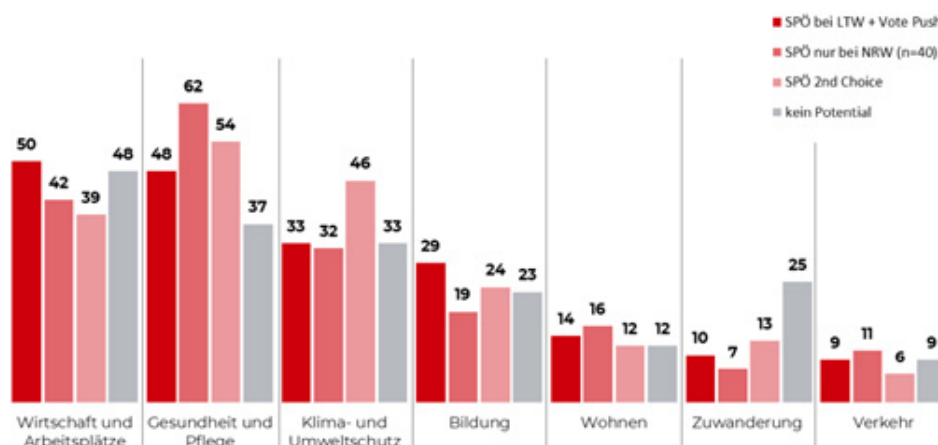
All diese Themen sind hochemotionale Themen, die neben handfesten politischen Maßnahmen auch Fragen der Identität betreffen. Sie sind nicht rein rational abzuarbeiten, sondern erfordern in der Konzeption und Umsetzung eine gewisse Empathie - Anforderungen, die in der Kampagne nur unzureichend gelungen sind.

Bei genauerer Betrachtung der SPÖ-Potenzialgruppen wird schließlich auch klar, dass vor allem

das Thema Gesundheit und Pflege für die Schlussmobilisierung von besonderer Relevanz hätte sein müssen.

Das Thema wurde vor allem von der Corona-Pandemie angetrieben, wobei sich deutliche Versäumnisse im Wahlkampf zeigten:

- Im Sommer 2021 sanken die Infektionszahlen und es machte sich Hoffnung breit, Corona in den Griff zu bekommen. Das machte es zu Beginn des Wahlkampfs nahezu unmöglich, das Thema zuzuspitzen, ohne als „Spaßbremse“ oder „Spielverderber:innen“ zu gelten.
- Mit Ausnahme der MFG waren die unterschiedlichen Positionen der Parteien zu den Corona-Maßnahmen aber nicht weit genug voneinander entfernt, als dass es ein Reibungsthema hätte werden können.
- Innerhalb der SPÖ gab es keine Einigkeit darüber, wie eine angemessene Strategie zur Bekämpfung der Pandemie aussehen könnte: Während sich die Bundesvorsitzende später im Jahr für eine allgemeine Impfpflicht aussprach,



Grafik 11: Wichtigste Themen nach SPÖ-Potenzialen. Quelle: IFES Blitzumfrage LTW 2021, September 2021, n=838.

- lehnte die Spitzenkandidatin im Land eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen ab.
- Die Bevölkerung befürwortete mehrheitlich die Maßnahmen der Landesregierung und bescheinigte ihr insgesamt eine gute Performance während der Pandemie: Während etwas mehr als ein Drittel der Wählenden mit dem Vorgehen der Landesregierung während der Krise nicht einverstanden war, attestierte beinahe jede:r zehnte Wahlberechtigte der Landesregierung ein „sehr richtiges“ und über 50 Prozent immerhin ein „eher richtiges“ Vorgehen. Die Zufriedenheit war besonders unter ÖVP-Wähler:innen hoch, aber auch unter Wähler:innen der anderen Parteien vorhanden (zum Beispiel SPÖ: 54 Prozent „sehr“ oder „eher gutes“ Vorgehen). Ausnahmen stellten hier die FPÖ-Wähler:innen (60 Prozent „sehr“ oder „eher falsches“ Vorgehen) und die MFG-Wähler:innen (77 Prozent „sehr“ oder „eher falsches“ Vorgehen) dar.

## Die Spitzenkandidatin

In jedem Wahlkampf spielen Spitzenkandidat oder Spitzenkandidatin eine zentrale Rolle. Sie können mit ihrem Charisma und ihrer Rhetorik, mit ihrem Erfolgsnachweis oder auch purer Überzeugungskraft organisatorische Schwächen der Kampagne oder ein wolkiges inhaltliches Programm jederzeit wettmachen. Deshalb kommt dem Sichtungsprozess, der Kandidat:innensuche und schließlich dem Nominierungsverfahren vor jeder Wahl eine ganz besondere Bedeutung zu.

Wer wie Birgit Gerstorfer, am 6. Juni 2016 das Risiko eingeht, völlig kurzfristig SPÖ-Parteivorsitzende und damit auch Mitglied der Landesregierung in Oberösterreich zu werden, muss aus besonderem Holz sein. Das gilt umso mehr, wenn sich eine abso-

lute Quereinsteigerin in das eher unübersichtliche System der SPÖ Oberösterreich hineinwagt und als Parteivorsitzende zum ersten Mal den heiligen Gral des LandesparteiVorstands betritt.

*Zitat: „Die Birgit ist durchaus angenehm vom Persönlichkeitsbild her. Aber sie polarisiert kaum. Sie ist einfach zu wenig politisiert im Vergleich zur ÖVP, die ihrerseits hochprofessionell sind.“*

Entschlossenheit, Mut und ausreichend Überzeugung, die Partei nach einer schweren Krise wieder in die Spur des Erfolges zu führen, waren also vorhanden. Allerdings: Wer sich nach einer erfolgreichen Managementkarriere entscheidet, das Risiko einzugehen und in die Politik zu wechseln, ohne die wirklichen Taschenspielertricks schon in den Jugendverbänden oder anderen Funktionen der Organisation erlebt zu haben, braucht ein starkes Netzwerk und tatkräftige Unterstützung, in jedem Fall aber ein gutes, erfahrenes und möglichst auch diverses Team. Dazu gehören von Beginn an, in der heißen Wahlkampfphase aber ist es unerlässlich, Kommunikations- und Strategieexpert:innen, im besten Fall auch gut vernetzte Spin-Doktor:innen, die die Botschaften des:der Kandidat:in auf allen Kanälen ausspielen können.

Daran jedoch fehlte es in der Kampagne 2021. Soweit nachvollziehbar hat es Birgit Gerstorfer auch versäumt, sich unmittelbar nach der Wahl zur Parteivorsitzenden mit der Partei, ihren nur nach innen spürbaren Strömungen, Animositäten, Netzwerken und Narben aus früheren Konflikten vertraut zu machen. Sie versäumte es, intensiv auf die Bezirke, deren Geschäftsführer:innen, die SPÖ-Bürgermeister:innen und Vorfeldorganisationen zuzugehen. Jedenfalls wurde es dort nicht so wahrgenommen, in zahlreichen Interviews kam dieses Defizit zutage, so dass auch in der Kampagne die



## Die Kampagne

### Aufstellung und Verlauf

Die SPÖ Oberösterreich hat mit der Verpflichtung des erfahrenen Wahlkampfstrategen Georg Brockmeyer sicher einen überzeugenden Griff getan. Der Landesgeschäftsführer hat schon bei manchen Wahlkämpfen bewiesen, dass er auch in komplizierten Lagen erfrischende Kampagnen auf- und umsetzen kann.

Dennoch lief bei der Kampagne 2021 für die SPÖ Oberösterreich nicht alles rund. Dafür spricht schon das Wahlergebnis. Das Wahlziel vor der FPÖ auf Platz zwei zu landen wurde zwar nur knapp verfehlt, aber auch die Zahl der absoluten Stimmen ging noch einmal zurück. Ganz offensichtlich trifft die Landes-SPÖ nicht mehr das Lebensgefühl einer breiten Mehrheit in Oberösterreich, und dieses Defizit war auch im Verlauf der Kampagne 2021 nicht zu beheben.

Die Wahlkampfkommission war personell so aufgestellt, dass an der Entwicklung und Steuerung der Kampagne die wesentlichen Machtblöcke der Partei beteiligt waren, wobei das starke Übergewicht männlicher Strategen auffällt. Das engere Wahlkampfteam bestand aus der Spitzenkandidatin, dem Landesgeschäftsführer, Andreas Stangl, Renate Heitz, Charly Schaller, Peter Binder, Michael Lindner und den Dienstleister:innen. Dennoch war der Ansatz naheliegend, und möglicherweise gehen von dieser Runde doch Impulse für die zukünftige Aufstellung der Partei aus.

Auf Grund der Pandemie fanden die Arbeitsmeetings der Wahlkampfkommission überwiegend online statt. Dieses Handicap hat zweifellos den Prozess des Teambuildings erschwert, und vermutlich

sind einige zentrale und klärende Grundsatzdiskussionen nur oberflächlich geführt worden. Wie abgestimmt und zielführend die Zusammenarbeit zwischen Kommission und externen Dienstleister:innen (Agenturen) verlief, ließ sich im Nachhinein nur schwer verifizieren. Klar ist jedoch, dass dieser Prozess nicht konfliktfrei abgelaufen ist, und auch das Wahlergebnis lässt Schlüsse zu.

**Zitat:** „Die Frage der Wahleinschätzung, warum wir auf einmal auf Platz zwei und einen zweiten Landesrat als Ziel ausgegeben haben, haben wenige verstanden.“

In keinem Fall ging die Hoffnung in Erfüllung, den Landeshauptmann durch Attacken und eine anschließende kritische Berichterstattung zu Fehlern zu bewegen. Auch die Schlussmobilisierung, um wenigstens die Stammwähler:innen an die Urnen zu bringen, hat nicht gegriffen. Die Gründe hierfür sind nicht sofort offensichtlich. Aus der Demoskopie ergibt sich der Eindruck, dass Themen und Motivation der Funktionär:innen für einen Schlusssprint nicht mehr ausgereicht haben.

**Zitat:** „Wir haben viele gehabt, die in der Galerie gesessen sind und uns nur zugeschaut haben, was wir machen.“

Natürlich hatten die Einschränkungen durch Corona Einfluss auf die Planung und Umsetzung ganz klassischer Kundgebungen. In einer Reihe von Interviews kam dieses Fehlen des ältesten aller Wahlkampfinstrumente zur Sprache. Allerdings waren dieser Einschränkung auch die anderen Parteien unterworfen.

Umso auffälliger war die Konzentration auf einen

# GEMEINSAM VORAN



modernen Wahlkampf mit Hilfe der sozialen Netzwerke. Auch die Großflächenwerbung wurde einigermaßen präzise auf Basis der Zielgruppenanalyse ausgesteuert.

Völlig unbeobachtet war die Kampagne mit einem kleinen Buch über Birgit Gerstorfer eröffnet worden. Ziel war es, den Wählenden nicht nur die Politikerin, sondern vor allem den Menschen Birgit Gerstorfer näher zu bringen. Der Autor hatte einen ganzen Tag mit ihr verbracht, sie beobachtet und daraus eine subjektive Beschreibung der Person Gerstorfer formuliert. Abgefasst war das Werk, und das ist eher ungewöhnlich, in der Ich-Erzählung. Herausgekommen ist ein kurzes, sehr persönliches Bändchen, das sich in wenigen Minuten lesen lässt, quasi eine Art Nachtlektüre. Ziel im Wahlkampf war es, es Interessierten als Give-Away in die Hand zu drücken.

Das Buch verfehlte sein Ziel, zum einen, weil die Corona-Pandemie die Verteilung erschwerte; und zum anderen, weil das darin beschriebene Rollenbild, vor allem aber Gerstorfers Blick auf die Arbeitswelt bei den Funktionär:innen von Partei und Gewerkschaften Diskussionen auslöste. Trotz der mangelnden Bekanntheit des Buches war der Start der Kampagne damit eher verunglückt, da Geld und Energie in ein Projekt geflossen waren, das für die Wähler:innenansprache eher ungeeignet war. Vor allem aber, und das ist viel entscheidender, hatte sich Birgit Gerstorfer damit frühzeitig in Teilen der eigenen Partei als die Wahlkampflokomotive, die sich manche:r erträumt hatte, aus dem Rennen genommen.

Hinzu kamen organisatorische Mängel. Materialien kamen zu spät und Giveaways, die manche Ortsverbände als Türöffner im Straßenwahlkampf gerne gehabt hätten, waren in der Zentrale als „nicht

wahlentscheidend“ und wegen hoher Kosten aussortiert worden. So dümpelten die Landes- und die Kommunalkampagnen in vielen Gemeinden nur mangelhaft koordiniert nebeneinanderher.

Vor allem aber gab es, zumindest von außen betrachtet, keine erkennbare Strategie. Viele fragten sich, wofür die SPÖ - jenseits einzelner, nicht ineinandergreifender Themen - eigentlich kämpfte. Eine durchgängige Erzählung, eine Gesellschaftsidee von Oberösterreich im Jahr 2030, eine Idee zum Beispiel, die die Stadt-Land-Gegensätze überbrückt, die Arbeitswelt von morgen skizziert und dabei die ökologischen Herausforderungen integriert, war nicht erkennbar. Erkennbar waren lediglich drei Themenschwerpunkte.

## Thema Arbeit

„Wir kämpfen um Arbeitsplätze“ - so lautete einer der Slogans der Kampagne. Das mag in der Anfangsphase des Wahlkampfes, als viele Oberösterreicher:innen durch den Lockdown um ihren Job bangten, sinnvoll gewesen sein - in einem Land mit quasi Vollbeschäftigung entwickelt das langfristig aber nur wenig Zugkraft. Natürlich war Steyr mit dem drohenden Stellenabbau bei MAN eine Ausnahme. Hier hat das Thema vorübergehend durchaus mobilisiert, was nicht zuletzt daran zu erkennen war, dass es gelang, tausende von Arbeitnehmer:innen auf die Straße zu bringen und vor dem Werksgelände zu demonstrieren (mehr war für die SPÖ an Handlungsspielraum auch kaum gegeben).

Weitere SPÖ-Forderungen lauteten: 40.000 öffentlich finanzierte neue Arbeitsplätze, gleichzeitig Arbeitszeitverkürzung, die Erhöhung des Arbeitslosengelds und ein 1.000- Euro-Konsumgutschein, 1.700 Euro Mindestlohn und eine sechste Urlaubswoche für alle. Aber es stellt sich doch die Frage:

# GEMEINSAM VORAN



Worum geht es hier genau? Um die Schaffung von Arbeitsplätzen? Die Absicherung von Arbeitslosen? Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen?

Nicht nur die Finanzierung des Mammutpakets blieb unklar. Das Thema fügte sich ins Bild, das die SPÖ insgesamt während der Kampagne vermittelte: Eine Partei mit erheblichem Nachholbedarf, wenn es um die Klarheit der Position geht. Und noch weniger klar wird es, wenn man sich die verkehrte Gegenüberstellung der SPÖ-Forderungen und dem Angriff auf schwarz-blau anschaut:



**KONJUNKTURPAKET FÜR OBERÖSTERREICH!**  
 Hier wir für ein solches Maßnahmen-Bündel, das die Wirtschaft in Österreich stabilisiert und Wachstum fördert. Aber nur, wenn es die Arbeitsplätze sichert und die Arbeitsbedingungen verbessert.  
**HELFEN WIR DER HEIMISCHEN INDUSTRIE!**  
 Wir kämpfen für einen fairen Wettbewerb. Die heimische Industrie muss die Chance haben, sich zu entwickeln und zu wachsen.  
**MASSCHNEN FÜR DEN KLIMAWANDEL!**  
 Klimaschutz ist kein Hindernis für Wachstum. Wir setzen auf Innovationen, die die Umwelt schonen und neue Arbeitsplätze schaffen.  
**UNSERE OFFENSIVE FÜR DEINE UMWELT!**  
 Wir setzen uns für saubere Luft, sauberes Wasser und eine gesunde Umwelt ein. Das ist die Grundlage für ein gutes Leben.

Es ist die Aufgabe der Politik, für Stabilität & Sicherheit zu sorgen!

- Rettungsschirm für Familien & Alleinerziehende!**
  - Mehr Hilfe für Familien in Notlagen
- Ausbau ganztägiger Kinderbildungseinrichtungen!**
  - Kostenlose ganztägige Kinderbetreuung
- Wirtschaft stärken!**
  - Beratungsstellen für Gemeinden für regionale Beschaffungsvorgänge
  - Bonus für Reparaturen – 25% der Kosten, max. 5.000 Euro pro Jahr
  - Konjunkturpaket für klimafreundliche Technologie
  - Unterstützung eines Lieferkettengesetzes
  - Reform des Genossenschaftsrechts
  - Mehr Belegschaftsrechte für Betriebsübernahmen
  - Eigentumsverhältnisse im Krisenfall verbreitern (Beteiligungsholding)
  - „Made in Europa & Austria“ bei Staatsaufträgen
  - Soziale/nachhaltige Gesetze auf Landes-/ Gemeindeebene

- Beteiligung an „Aktion 20.000“ abgelehnt
- Kürzung der Sozialhilfe
- Zuverdienstgrenze durch Sozialhilfe-Ausführungsgesetz abgeschafft
- Deckelung der Mindestsicherung
- Geringes Betreuungsangebot: Frauen vom Arbeitsmarkt verdrängt
- Corona-Hilfsmittel: Knausern bei Auszahlung von Geldern, unnötige Hürden bei Härtefonds, Investitionen werden zurückgehalten
- Schuldenbremse gefährdet Wohlstand
- ÖÖ-Plan: Investitionen des Landes stocken
- Corona-Hilfsmittel: Förderungen nur spärlich ausgeschöpft
- Landesregierung sieht tatenlos zu, wie bei MAN Arbeitsplätze verloren gehen. Sie sind untätig bei Werkschließung und Stellenabbau.

BIRGIT GERSTORFER: ES BRAUCHT JETZT MEHR SPÖ.

Insgesamt scheint das Thema Arbeit im Verlauf der Kampagne nur im Ansatz funktioniert zu haben, womöglich auch, weil der Kandidat nicht ausreichend Profil attestiert wurde. Selbst in den eigenen Reihen waren die Genoss:innen von der Kompetenz der Spitzenkandidatin nicht durchweg überzeugt.

**Zitat:** „Birgit kommt aus dem Bereich, wo man keine Arbeit mehr hat. Industriepolitik ist aber was anderes. [...] In dem Bereich sind wir schwach.“

Allerdings zeigten sich viele Interviewpartner:innen auch durchaus selbstkritisch. Sie wissen um die Bedeutung des Themas für die Sozialdemokratie, beobachten aber zugleich den Mangel an interner Kompetenz in diesem für die Partei so wichtigen Feld.

**Zitat:** „Wie sieht die Arbeitswelt der Zukunft in Oberösterreich aus? Was braucht es da? Wir sind nicht mehr in der Lage, das klar zu artikulieren.“

Ebenfalls wenig stringent erscheint die Argumentation beim „Kämpfen für Klima & Arbeit!“. Sie lässt Wählende ebenfalls mit einem Potpourri aus Forderungen zurück:

Zum Beispiel die Arbeitszeitverkürzung war eine auch intern umstrittene Forderung. Wie soll ein Thema dann nach außen Durchschlagskraft ent-

# GEMEINSAM VORAN



wickeln? Welchen Sinn ergibt volkswirtschaftlich eine Arbeitszeitverkürzung, wenn sich offene Stellen schon längst nicht mehr besetzen lassen? Auch für die eigenen Funktionär:innen blieb die Erzählung, warum das Thema sinnvoll ist und was es der Gesellschaft als Ganzes bringt, diffus. Oder wie es ein Interviewpartner formulierte: „Dann schreiben wir das Thema Arbeitszeitverkürzung rein, weil wir meinen, dass man es reinschreiben sollte. Aber das Feuer ist nicht da.“

**Zitat:** „Die Leute merken schon, schreibe ich es rein, weil es sich so gehört oder brenne ich wirklich dafür. Wir brauchen wieder Themen, bei denen man selbst dran glaubt.“

**Zitat:** „Arbeitszeitverkürzung ist so eine Phrase, wenn Du Vollbeschäftigung hast und wir finden keine Pflegekräfte. Ich bin auch für eine Arbeitszeitverkürzung, aber abnehmen tut mir das keiner. Weil jeder sagt, wie soll sich das ausgehen am Ende vom Tag? Mit solchen Forderungen gewinne ich keine Wahl.“

Anstelle im Kleinklein zu verharren wären sowohl die SPÖ als auch die Gewerkschaften möglicherweise gut beraten, den Blick stärker auf die Ausgestaltung der modernen Arbeitswelt zu richten: Wie lassen sich Frauen vermehrt ins Arbeitsleben integrieren, auch um dem Fachkräftemangel zu begegnen? Wie kann die Landesregierung den Industriearbeiter:innen helfen, den Gang durch die ökologische Transformation zu bestehen? Wie lassen sich die Arbeitsbedingungen für das weiter wachsende moderne Dienstleistungsprekariat verbessern? Wie gelingt die digitale Transformation, damit Oberösterreichs Wohlstand gehalten werden kann? Wie lassen sich gleichwertige Lebens- und Arbeitsverhältnisse in ganz Oberösterreich schaffen?

## Thema Bildung

So wichtig und richtig das Thema auch sein mag, so vorhersehbar und langweilig wurde es im Verlauf der Kampagne präsentiert. Innovative Ideen waren jedenfalls kaum im Angebot. Wenn man im Wahlkampf, quasi aus der Opposition heraus, ein eher gefälliges und erwartbares Thema in den Vordergrund rücken möchte, geht es nicht ohne inhaltliche Zuspitzung und Reibung mit den politischen Kontrahent:innen. Beides ist bei diesem Thema nicht ausreichend gelungen.

**Zitat:** „Bei der Bildung gibt es gar keine landespolitische Vision dahinter, es ist immer so ein Stückwerk. Dabei wäre es im Endeffekt eine Riesenchance. Oberösterreich ist eigentlich ein klassischer Bildungsstandort.“

Mit einer Steuer für Superreiche wichtige Investitionen im Bereich der Bildung finanzieren!



### Schulen, die alle Talente fördern!

- Sanierung der Schulgebäude und Sportanlagen
- Chancengleichheit: gerechte Mittelverteilung unter Schulstandorten
- Verschränkte Ganztagschule für alle Schüler:innen
- Modulare Oberstufe
- Schulcampus: Rechtsanspruch auf wohnortnahen Platz
- Schulbeihilfe: Anpassung an Inflation, Lockerung der Anspruchskriterien
- Mehr Schulsozialarbeit und Schulpsycholog:innen

### Chancengleichheit heißt außerdem:

- Mehr Fachkräfte im vorschulischen Bereich
- Ausbau Sprachförderung
- Mobile Kinderbetreuung
- Kostenlose Schüler:innenfreifahrt
- 18.500 neue Kinderbildungsplätze für 35.000 Kinder

### Zukunftsfähig lernen: Schulen digitalisieren.

- WLAN und Smart Boards für alle Klassenzimmer
- Kostenlose Laptops und Software ab der 3. Schulstufe
- Unterricht an Arbeits- und Lebenswelten anpassen

SCHWARZ-BLAUE GEIZ-POLITIK!

- Einführung Kindergartengebühr
- Land finanziert keine Sonderpädagogik-Planstellen
- Lehrkräftemangel: Vollzeitkräfte fehlen in sämtlichen Gegenständen
- Bis 2026 fehlen 400 Deutschlehrer:innen
- Volksschulen: Lehrer:innenmangel, Sonderverträge, hohe Überstunden
- Kinderbetreuungsplätzen fehlen: nur jede 2. Frau kann Vollzeit arbeiten
- Luftfilter für Schulen abgelehnt

BIRGIT GERSTORFER:  
ES BRAUCHT JETZT MEHR SPÖ.



## Thema Pflege

Obwohl das Thema recht stringent in den Vordergrund gerückt wurde, ließen sich auch damit nicht ausreichend Wähler:innen überzeugen. Pflege ist eng mit dem Thema Gesundheit verbunden. Die Pandemie wurde aber von der SPÖ in Oberösterreich im Wahlkampf kaum zum Thema gemacht - wegen der unklaren Meinungsbildung im eigenen Lager und aus Sorge, mit einer klaren Positionierung zu viele Wähler:innen zu verprellen. Zur grundsätzlichen Strategie gilt auch an dieser Stelle: Eine Partei, die sich im 20-Prozent-Korridor bewegt, kann mit klaren Positionen kaum noch Wähler:innen verlieren. Sie läuft viel eher Gefahr, wegen Profil- und Mutlosigkeit weitere Prozentpunkte abzugeben.

## Thema Klima

Zur anderen Megaherausforderung unserer Zeit, der Klimakrise, war die SPÖ im Wahlkampf hingegen kaum vernehmbar. Offensichtlich war die Wahlkampfleitung von der Überzeugung geleitet, das Thema nicht in den Vordergrund zu rücken, um die Grünen und deren Positionen nicht zu stärken. Insbesondere jüngere Wähler:innen messen der Erderwärmung aber eine immense, teils existentielle Bedeutung zu. Und auch wenn diese Generation nicht den Großteil der Wähler:innen stellt, untermauert ein weitgehendes Ignorieren des Themas doch die Vermutung, der SPÖ mangle es an Zukunftskompetenz. Diese Zuschreibung jedoch determiniert Wahlausgänge immer stärker. Für ein Bundesland, in dem die energieintensive Industrie von so hoher Bedeutung ist wie für Oberösterreich, ist das Thema jedenfalls von erheblicher Relevanz.

## Social Media-Aktivitäten

Der Social Media-Wahlkampf war professionell geplant und umgesetzt, die Zielgruppen wurden ordentlich angesteuert, die Inhalte auf die verschiedenen Milieus zugeschnitten. Von den Funktionär:innen, die Erfahrung mit Social Media haben, erfuhr der Landesgeschäftsführer großes Lob. Ein Funktionär: „Der Schorsch hat super gearbeitet, der hatte die digitale Wahlkampfstrategie und der hat uns Sachen gezeigt, die haben wir nicht gekannt.“

Ein wichtiges Detail verbirgt sich hier im letzten Teil des Zitats („*die haben wir nicht gekannt*“). Einigen Funktionär:innen war die ästhetische Umsetzung nicht gelungen genug, andere wunderten sich, dass sie über lange Strecken kaum etwas auf ihren eigenen Kanälen ausgespielt bekamen oder dass ihnen Sujets gezeigt wurden, die sie selbst als nicht zielgruppenspezifisch erachteten. Genau das zeigt aber: Vielen Funktionär:innen der SPÖ in Oberösterreich ist nicht klar, wie Social Media funktioniert.

Die Tatsache, dass sie selbst kaum über Social Media angesprochen wurden, ist vielmehr Beweis dafür, dass die Aussteuerung gut gelungen ist. Schließlich sollten hier keine ohnehin Überzeugten angesprochen werden, sondern solche, die noch mobilisiert werden können. Auch die Tatsache, dass die Ästhetik nicht alle gleichermaßen angesprochen hat, mag weniger an der Ausgestaltung der Sujets gelegen haben als vielmehr daran, dass sie eben nicht auf ältere Herren zugeschnitten war, sondern vor allem ein jüngeres Publikum als Zielgruppe ausgemacht war.

Doch gerade von den Jüngeren, der digital affinen Zielgruppe, kommt auch Kritik, die durchaus ernst zu nehmen ist: So waren Social Media-Aktivitäten

stark auf Facebook konzentriert, eine Plattform, die ihre besten Tage hinter sich hat und mit der jüngeres Publikum nicht mehr zu erreichen ist. Instagram als relevante Plattform wurde ebenfalls ordentlich bespielt. Nicht genug Aufmerksamkeit dagegen wurde neueren Plattformen wie TikTok zuteil, das besonders die ganz Jungen anspricht. Für die kommenden Wahlkämpfe sollten andere Plattformen als Facebook in den Blick genommen werden und auch wenn Social Media für Schnelligkeit und Schnelligkeit steht, braucht es für eine optimale Breitenwirkung und Reichweite einen langfristig angelegten Vorlauf.

Gesponserte Postings können immer nur zweitbeste Wahl sein. Das Ziel sollte stets sein, möglichst viel organische Weiterverbreitung zu erzielen; etwas, das in diesem Social Media-Wahlkampf weniger gut gelungen ist. Auch das liegt am mangelnden Verständnis vieler Funktionär:innen, die befürchten, dass sie sich durch das Teilen und Verbreiten von fremden SPÖ-Beiträgen womöglich selbst schaden.

*Zitat: „Es gibt viele, die glauben, wenn sie jetzt meine Beiträge lesen und teilen das, dass sie sich selber etwas wegnehmen.“*

Trotz des Lobes für die Social Media-Arbeit der Landespartei wurde die Online-Kampagne insbesondere in den Bezirken nur halbherzig unterstützt. Die SPÖ wäre gut beraten, Vorfeldorganisationen und Bezirken unter die Arme zu greifen, mehr Mitglieder digital zu schulen sowie Expertise und finanzielle Mittel bereit zu stellen, damit diese auch in Eigenregie professionell Social Media-Beiträge gestalten und auszuspielen können. Ein erster Schritt könnte sein, alle SPÖ-affinen Social Media-Handles systematisch zu erfassen und allen Mitgliedern auf Listen zur Verfügung zu stellen.

So könnten Inhalte einfach geliked, geteilt und kommentiert werden. Die Verschränkung der politischen Ebenen könnte so auf unkomplizierte Art und Weise erfolgen: Es könnten „Lobe-Kartelle“ gebildet werden, um sozialdemokratische Ideen und Erfolge breiter zu kommunizieren.

## Zielgruppen im Wahlkampf

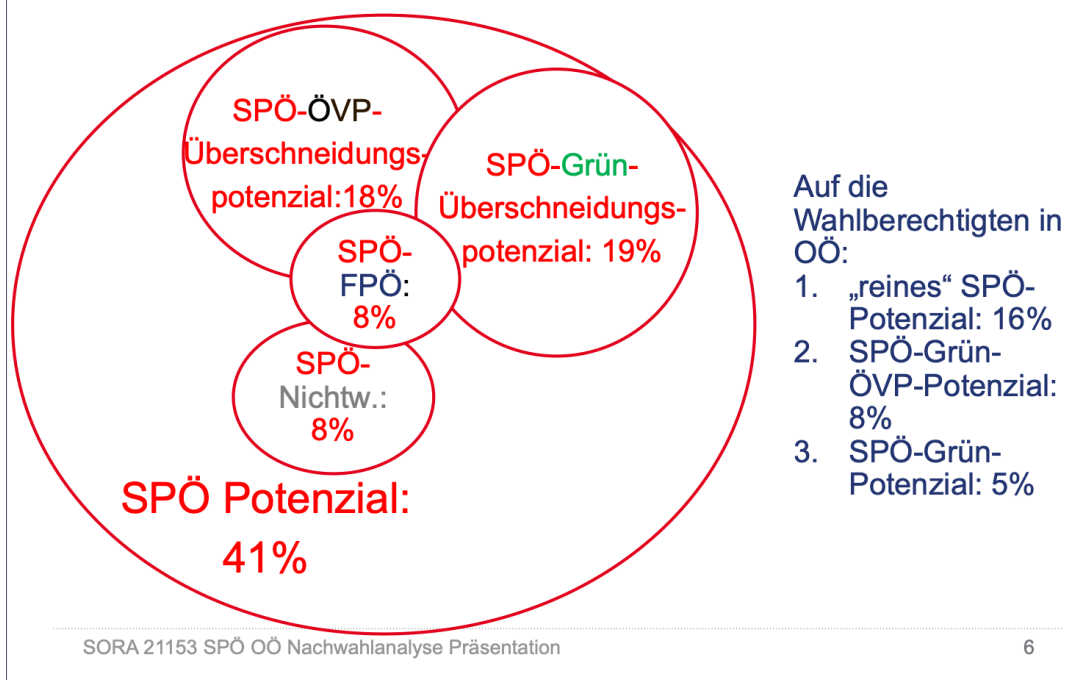
Die erklärten Zielgruppen des Wahlkampfes hätten sinnvollerweise sein müssen:

- Diejenigen, die sich möglicherweise überzeugen lassen von Partei, Inhalten oder Kandidatin, obwohl sie auch andere Parteien in Betracht ziehen.
- Diejenigen, die möglichst bei der SPÖ gehalten werden, obwohl sie auch zur Zielgruppe anderer Parteien gehören.
- SPÖ-Wählende, die sich noch nicht sicher sind, ob sie zur Wahl gehen.

Nicht zur Zielgruppe des Wahlkampfes gehören üblicherweise Stammwähler:innen. Diese Gruppe muss vor allem während der Legislaturperiode angesprochen werden, für einen erfolgreichen Wahlkampf sind sie, weil ihre Wahlabsicht bereits feststeht, keine entscheidende Größe.

In der Nachwahlanalyse fiel auf, dass die SPÖ zwar Stammwähler:innen mobilisieren konnte, es aber nicht ausreichend geschafft hat, neue Wähler:innen an sich zu binden. Die Wähler:innenpotenziale der Parteien überschneiden sich naturgemäß. Das Überschneidungspotenzial der SPÖ mit den anderen Parteien stellt sich wie folgt dar:

## SPÖ Potenzial und Überschneidungspotenziale



Grafik 12: Nachwahlanalyse zur oberösterreichischen Landtagswahl 2021. Quelle: SORA, November 2021

Wichtigste Zielgruppen für künftige Wahlen könnten deshalb sein:

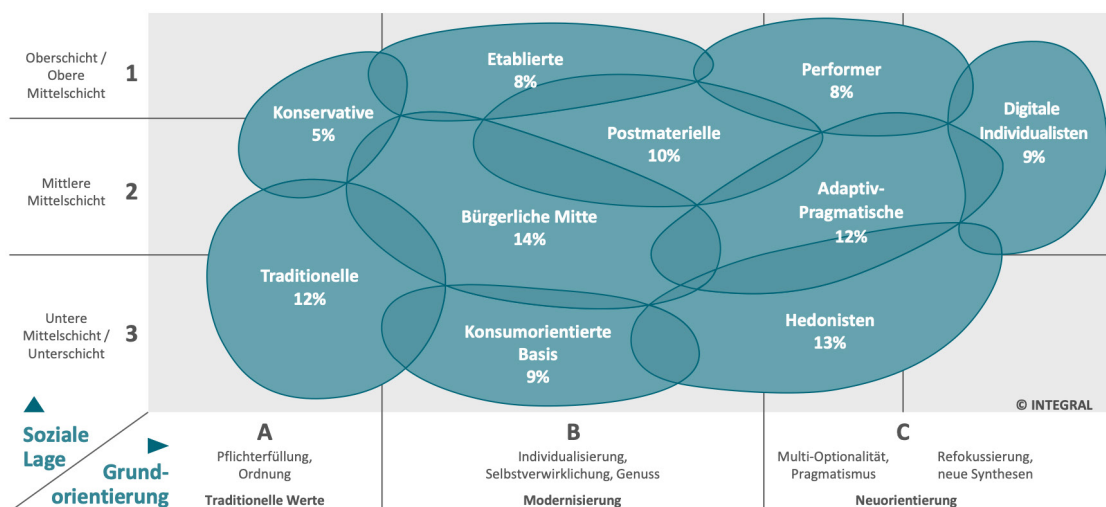
- **Potenzielle Grünen-Abwandernde, insbesondere**
  - Männer ab 45
  - Pensionist:innen
  - Formal höher gebildete Frauen
- **Potenzielle ÖVP-Abwandernde, insbesondere**
  - Männliche, wertkonservative Mittelschicht

- **Eigene Potenziale, insbesondere**
  - im urbanen Raum
  - Arbeiter:innen
  - Arbeitnehmer:innen

Für die Kampagne wurde als Zielgruppe in einem Strategieworkshop im Oktober 2020 das Milieu der Adaptiv-Pragmatischen herausgearbeitet, eine soziale Gruppe, die sich über ihren Lebenspragmatismus und Nützlichkeitsabwägungen definiert. Angehörige dieses Milieus sind leistungsbereit und anpassungsfähig, zeichnen sich aber auch durch ein ausgeprägtes (hedonistisches) Interesse an Spaß, Unterhaltung und Genuss aus, die ihre Lebensfreude nähren.

## DIE SINUS-MILIEUS® IN ÖSTERREICH

Soziale Lage und Grundorientierung – Bevölkerung ab 14 Jahre



9 INTEGRAL

SINUS

Grafik 13: Die Sinus-Milieus in Österreich. Quelle: INTEGRAL Markt- und Meinungsforschung, Oktober 2020.

Dieses Milieu gehört gemeinsam mit der Bürgerlichen Mitte zu den Milieus der Mitte. Auch die bürgerliche Mitte, die ansonsten eher der ÖVP zuneigt, war als Zielgruppe ausgewiesen. Zugleich war es Ziel der SPÖ-Strategen, auch die angrenzenden Milieus der Postmateriellen (Neigung zu den Grünen) und der Hedonisten (Neigung zur FPÖ) anzusprechen.

Herausgearbeitet wurde ein Ansprachestil, der Rationalität und Emotionalität verbindet.

Auffällig ist allerdings, dass es im Team der Wahlkampfleitung offenbar keinen Konsens darüber gab, welche Zielgruppen denn nun wirklich angesprochen werden sollten. Auch die Agenturen äußerten sich in den Interviews dazu unterschiedlich. Die Interviews legen vielmehr den Schluss nahe,

dass ein:e jede:r vor allem diejenigen Wähler:innen im Auge hatte, die für ihn oder sie leicht erreichbar waren. Das ist aber nicht eine vorab definierte Zielgruppe, sondern viel mehr häufig das Milieu bereits überzeugter SPÖ-Wähler:innen. Die wiederholt genannte Klarheit, die Wähler:innen bei der SPÖ vermissen, fiel auch an dieser Stelle auf.

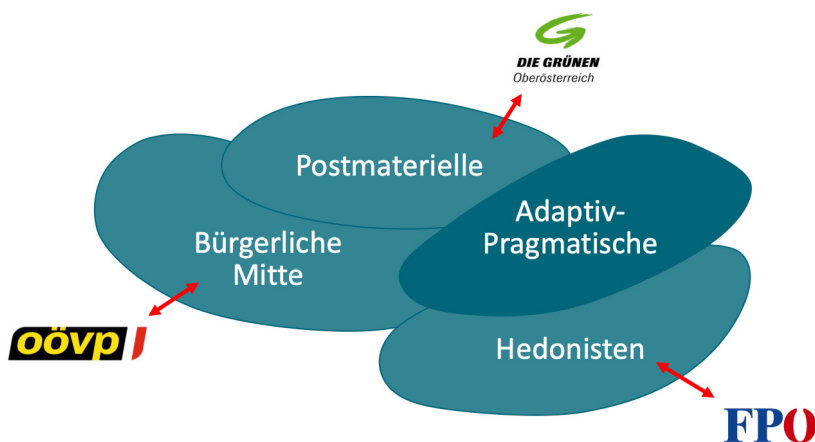
Die SPÖ hat ihr Potenzial nicht ausschöpfen können. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen:

- Seit ihrem bundesweiten Absturz im Jahr 2015 ist es der SPÖ zwar gelungen, sich zu stabilisieren, wenngleich auf niedrigem Niveau. Solange sich jedoch die SPÖ auf Bundesebene nicht erkennbar erholt, wird es auch in Oberösterreich schwer werden, bessere Ergebnisse zu erzielen.

# GEMEINSAM VORAN



## KERNPOTENZIALE DER SPÖ OÖ



15 INTEGRAL

Quelle: INTEGRAL, Online-Repräsentativbefragung der wahlberechtigten OÖ Bevölkerung im Alter von 16-69 Jahren, n=800, September 2020  
6623 SPÖ Oberösterreich Sinus-Milieus Basisforschung 2020



Grafik 14: Kernpotenziale der SPÖ OÖ. Quelle: INTEGRAL Markt- und Meinungsforschung, Oktober 2020

## KOMMUNIKATION: RATIONALITÄT UND EMOTIONALITÄT

- **Politische Kommunikation** muss auf der rationalen (Themen) und der emotionalen Ebene (Ästhetik, Lebensstil und Personen) wirken.
- **ÖVP:** Wirkt sowohl rational als auch emotional
- **SPÖ:** gravierende emotionale Defizite
- **FPÖ:** Vorwiegend emotionale Wahlmotive; Wähler orientieren sich an Personen und emotional aufgeladenen Themen
- **Grüne:** Idealistisch-emotionale Bewegungspartei - sind sowohl rational als auch emotional für liberal-ökologische Eliten attraktiv
- **Neos:** Elitäre wirtschaftsliberale urbane Partei. Rational



28 INTEGRAL

Quelle: INTEGRAL, Online-Repräsentativbefragung der wahlberechtigten OÖ Bevölkerung im Alter von 16-69 Jahren, n=800, Juni 2019  
6232/ 6233 SPÖ Parlamentsklub - Strategische Forschung mit den Sinus-Milieus®, Juni 2019



Grafik 15: Kommunikation: Rationalität und Emotionalität. Quelle: INTEGRAL Markt- und Meinungsforschung, Oktober 2020, n=800.

# GEMEINSAM VORAN



- Der Wahlkampfleitung in Oberösterreich ist es nicht gelungen, die drei parallel verlaufenden Wahlen miteinander zu verzahnen. Mögliche Synergien blieben so ungenutzt. Laufen Wahlkämpfe aber unverbunden nebeneinander her, neigen Wählende zum Stimmensplitting. Genau das ist in Oberösterreich passiert. Bei der Landtagswahl schnitt die SPÖ signifikant schlechter ab als bei den Gemeinderats- und Bürgermeister:innenwahlen. Auch die Popularität der Bürgermeister:innen oder des Präsidenten der Arbeiterkammer wurde nicht für die Kampagne genutzt. Dieses Versäumnis, mögliche Synergieeffekte einfach verpuffen zu lassen, sollte sich nicht wiederholen. Hier ist die Landesformation genauso gefordert wie die lokale Ebene.
- Am Ende fehlte ein zündendes, mobilisierendes Thema, das einerseits Nichtwählende an die Wahlurne gelockt hätte, andererseits Spätentschlossene zur Wahl der SPÖ motiviert hätte. Dieses Thema gab es nicht, eine Schlussmobilisierung blieb aus. Und so blieben Teile des SPÖ-Potenzials zuhause und Spätentschlossene entschieden sich überdurchschnittlich oft für andere Parteien.
- Mit ursächlich für diese Defizite ist ein ausgeprägter Mangel an Klarheit und Zukunftskompetenz in der inhaltlichen Aufstellung der Partei. Beides lässt sich nur wieder herstellen, wenn die Partei auf allen politischen Ebenen zu einer verbindlichen Wertehaltung (zurück)findet, sich selbst wieder einen Kompass gibt und so gemeinsam die Weichen für die Zukunft stellt.

# GEMEINSAM VORAN



## Zwischenfazit

Die Wähler:innen müssen das Gefühl haben, in der SPÖ eine:n verlässliche:n Partner:in an ihrer Seite zu haben, der:die gewillt und bereit ist, die Zukunft zu gestalten. Die SPÖ muss sozusagen wieder die Partei der guten Nachbarschaft sein, eine Partei, die offen und erreichbar ist.

Wenn es bei künftigen Kampagnen gelingt, SPÖ-Mitglieder, -Funktionär:innen und generell Mitglieder der sozialdemokratischen Bewegung für den Wahlkampf zu gewinnen, sind auch wieder bessere Ergebnisse möglich.

Sollten Gemeinderats-, Bürgermeister:innen und Landtagswahlen wieder am gleichen Tag stattfinden, würde sich der Aufwand lohnen, die potenziellen Synergien besser zu nutzen. Wenn etwa die kampagnenerprobte Linzer SPÖ während der Wahlkampfphase im Wesentlichen für ihren Bürgermeister und ihre Gemeinderäte unterwegs ist, kann es nicht erstaunen, wenn die ÖVP bei der Landtagswahl selbst in Linz vorne liegt.

Schon bei der Konzeption der Kampagne sollten Themen und Kommunikationsinstrumente auf die unterschiedlichen „Playing Fields“ ausgerichtet werden. Das erhöht die Einheit, steigert die Sichtbarkeit und wirkt sich am Ende auf bessere Ergebnisse für alle aus.

Auch bei der Schlussmobilisierung ist für künftige Landtagswahlen in jedem Falle Luft nach oben. Sie ist bei der Wahl 2021 nicht wirklich gelungen. Zudem wäre es noch einmal einer eingehenderen separaten Betrachtung wert, warum viel mehr Arbeiter:innen FPÖ gewählt haben, während sie bei den Wahlen zur Arbeiterkammer ganz überwiegend sozialdemokratisch votierten. Ganz offensichtlich

ist die Landes-SPÖ - anders als die Gewerkschaften und Betriebsräte - nicht nah genug an den Menschen und ihren Bedürfnissen dran. Diese Erkenntnisse sollten in die Planung kommender Wahlen einfließen.

# GEMEINSAM VORAN



## Die SPÖ in Österreich

Es ist lange her, dass die SPÖ landesweit absolute Mehrheiten erzielte. Es war Bruno Kreisky, der 1971 und 1975 jeweils 50 Prozent der Stimmen für seine Partei verbuchte und sie damit zur seinerzeit stärksten sozialdemokratischen Partei Westeuropas machte. Ergebnisse, die die Partei danach nie wieder erreichte. Kreisky hatte noch mit dem Slogan „Wir bauen das moderne Österreich“ geworben.

Die Zäsur fand im Jahr 1999 statt, als Wolfgang Schüssel, obwohl seine ÖVP nur drittstärkste Kraft war, die FPÖ in die Regierung holte. Danach stellte die SPÖ zwar noch einmal neun Jahre den Kanzler, verlor aber in den Großen Koalitionen so sehr an Kontur, dass sie 2017 in die Opposition geschickt wurde und seither nicht wieder Fuß gefasst hat. Ihr vorerst letzter Kanzler Christian Kern hatte sich nach seiner Amtseinführung und als Parteivorsitzender noch um neues Profil bemüht, gab alle seine Ämter aber kurz nach der Wahl auf und überließ die Partei sich selbst.

Er regelte zwar noch seine Nachfolge im Parteivorsitz, doch Pamela Rendi-Wagner fremdelte von Beginn an mit dieser Rolle. In der Partei war die Tropenmedizinerin bei ihrer Inthronisierung nicht wirklich verankert, zu den Medien hat sie nie ein entspanntes Verhältnis gefunden, und auch nach einem modernen sozialdemokratischen Profil sucht die Partei bis heute.

Bei der Europawahl im Mai 2019 konnte die SPÖ mit 25 Prozent zwar ein kleines Plus von 0,5 Prozent erzielen. Bei den Nationalratswahlen im September 2019 verloren die Sozialdemokrat:innen dann aber wieder 5,7 Prozent und kamen lediglich auf 21,2 Prozent. In Oberösterreich reichte das im-

merhin noch für Platz zwei im Parteiengefüge.

Letztlich sind bundespolitisch aber zu viele Fragen ungeklärt, als dass dies ohne Auswirkungen auf die Attraktivität der Partei bleiben könnte. Zum Beispiel der Umgang mit der FPÖ oder die Klima-Herausforderung, die Frage der Migration und Integration, das Thema Erbschafts- und Vermögensteuer und schließlich die leidige Corona-Pandemie - in vielen Themenfeldern hapert es an einer überzeugenden, klaren, stringenten Positionierung.

**Zitat:** „Es gelingt nicht, Kapital aus den Skandalen der ÖVP zu schlagen, im Gegenteil: Die SPÖ ruht sich eher darauf aus.“

So wundert es zum einen nicht, dass die SPÖ auch aus der dramatischen Krise der ÖVP kaum Kapital zu schlagen vermag - obwohl sie sich in aktuellen Umfragen unmittelbar nach dem Kurz-Rücktritt vorübergehend wieder auf Platz eins schob. Und doch: Wenn die Parteivorsitzende Neuwahlen nach dem Ende der Pandemie vorschlägt (wann immer das sein soll), der Burgenländer Landeshauptmann Peter Doskozil auf einen schnellen Urnengang drängt und der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig gar keine Wahlen will, zeigt sich eines der Grundprobleme der Partei. Sie zeigt unzureichendes strategisches Geschick, wird vielstimmig und dementsprechend als wenig durchsetzungsfähig wahrgenommen.

**Zitat:** „Es gibt nicht zwei, drei oder vier SPÖs. Es gibt ja nur eine.“

Und es kann zum andern nicht verwundern, dass die anhaltende Schwäche der Bundespartei natürlich auch auf die Landesorganisationen durchschlägt. Insbesondere dort, wo die SPÖ nicht den



# GEMEINSAM VORAN



Landeshauptmann stellt, sich also nicht wirklich in der Exekutive beweisen kann, wird die Herausforderung umso größer, das eigene Profil zu schärfen.

## Die SPÖ in Oberösterreich

Die SPÖ in Oberösterreich ist eine starke, selbstbewusste und besondere Landespartei. Und das obwohl sie seit Jahrzehnten die eigentliche Oppositionspartei in Oberösterreich ist, was der:die Wähler:in durch das Konkordanzsystem nie so richtig wahrnimmt. Nur einmal seit 1945, nämlich im Jahr 1957, konnte die SPÖ eine Landtagswahl für sich entscheiden. Ansonsten stellte und stellt die ÖVP den Landeshauptmann.

Bei den Wahlen zur Arbeiterkammer im April 2019 erreichte die Fraktion der sozialdemokratischen Gewerkschaften mit 71,01 Prozent ein herausragendes Ergebnis (10 Prozentpunkte mehr als die FSG in Wien, 5,5 Prozentpunkte besser als bei den zurückliegenden Arbeiterkammer-Wahlen 2014).

Auch in den Kommunen verfügt die SPÖ mit starken und erfolgreichen Gemeinderatsfraktionen und Bürgermeister:innen über eine überaus solide Basis. Doch dieses Potenzial vermochte der Wahlkampf zumindest für die Landespartei nicht zu mobilisieren.

Eine besondere Bedeutung kommt in jedem Bundesland der Landeshauptstadt zu. Linz ist die mit Abstand größte Stadt in Oberösterreich. Zugleich ist der Bezirk auch die mitgliederstärkste Gliederung in Oberösterreich. Mit einer selbstbewussten SPÖ in Linz (die „Linzpartei“) und ihrem erfolgreichen Bürgermeister Klaus Luger stellt die Partei eine weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannte

Führungsfigur. Auch in anderen Gemeinden wie etwa Steyr oder Leonding verfügt die SPÖ über eine sehr gute Verankerung, erfolgreiche Kommunalpolitiker:innen und eine aktive Basis. Die Ergebnisse bei den Gemeinderatswahlen lagen im gesamten Bundesland mit knapp zehn Prozent deutlich über dem Landtagswahlergebnis.

Die Landtagswahl 2021 in Oberösterreich war einigen Besonderheiten unterworfen, die der SPÖ die Kampagne erschwert haben. Da war die Pandemie mit ihren Beschränkungen, die die üblichen Formen des Wahlkampfs - Versammlungen, Info-Tische, Veranstaltungen - nur sehr eingeschränkt ermöglichten. Den Widrigkeiten des Covid-Virus waren allerdings alle Parteien gleichermaßen ausgesetzt.

Eine Besonderheit in Oberösterreich ist allerdings die Allparteienregierung, die den Mitgliedern der Regierung - darunter auch der SPÖ-Spitzenkandidatin - einen polarisierenden Wahlkampf erschwert oder sogar unmöglich macht. Jahrelang Teil einer Kollektivregierung zu sein und dann ein gutes halbes Jahr vor dem Wahltag auf Attacke umzuschalten ist zum einen eine Herausforderung für die Betroffene selbst. Es ist aber auch eine kommunikative Herausforderung, dem Publikum, also den Wähler:innen zu vermitteln, warum unvermittelt auf Kritik und Attacke umgeschaltet wird. Dieser Rollenwechsel ist im zurückliegenden Wahlkampf auch Birgit Gerstorfer nur bedingt gelungen. Hinzu kommt, dass der Landeshauptmann von dem:der Wähler:in immer auch einen besonderen Bonus zugebilligt bekommt und in seiner Rolle als Landesvater, der über seine Herde wacht nur schwer zu kritisieren ist. Es ist eine Konstellation, die aus der Opposition heraus einer besonders cleveren und wohlüberlebten Strategie bedarf.

# GEMEINSAM VORAN



Eine weitere Besonderheit: Es fanden mit den Gemeinde-, Bürgermeister:innen- und Landtagswahlen drei Urnengänge gleichzeitig statt. Theoretisch können sich daraus Synergieeffekte ergeben - die Parteimitglieder und Funktionär:innen können in einem Gang Plakate hängen, Flächen bekleben, die Wähler:innen mit Materialien bedienen. Sie können Argumente der Landeskampagne auf die örtlichen Gegebenheiten herunterbrechen, bei Themen wie Pflege, Bildung oder Arbeit Begründungen und Beispiele übernehmen und so für die eigene Position Überzeugungsarbeit leisten. Der Vorteil für die Planer:innen in der Parteizentrale: Man muss die Gliederungen nur einmal motivieren und in Marsch setzen, die Dreifach-Kampagne spart Kosten und Energie. Im besten Fall lässt sich so eine ganze Partei in Bewegung setzen, weil sie sich nicht nur für die ferne Landespartei ins Zeug legen muss, sondern auch im unmittelbaren Nahbereich von einem Wahlerfolg profitiert. So weit die Theorie.

In der SPÖ in Oberösterreich geht diese Rechnung seit mehreren Wahlen nur noch bedingt auf. Die mentalen Gräben zwischen der Landeszentrale in Linz, den Bezirken und den nachgeordneten Gemeinden sind groß, teilweise unüberbrückbar geworden. In manchen Gemeinden weigerten sich die Mitglieder schlicht, für die Landes-SPÖ Wahlkampf zu machen oder Plakate aufzuhängen.

**Zitat:** „Die Landespartei würde sich dreimal auf die Zunge beißen, bevor sie Linz lobt; und umgekehrt würde Linz die Ideen der Landespartei nur schweren Herzens als eine glorreiche Zukunftsvision anerkennen.“

Eine weitere Besonderheit stellt die Krise des MAN-Werks in Steyr dar. Eine insbesondere für die SPÖ delikate Situation, denn Arbeitnehmer:innen

und Gewerkschaften hatten natürlich Erwartungen an die Sozialdemokratie, ihren Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze tatkräftig zu unterstützen. Den Führungsleuten in Linz wiederum waren zwar nicht die Hände gebunden; aber Einflussmöglichkeiten hatten sie letztlich nur bedingt. Immerhin, die Spitzenkandidatin brachte sich ein und führte Gespräche. Allerdings war frühzeitig klar, dass es für die SPÖ nur darum gehen konnte, den völligen Kahlschlag zu verhindern. Ein Gewinner:innenthema konnte MAN für die Sozialdemokrat:innen zu keinem Zeitpunkt werden.

Auch gegen die Stadt-Land-Unterschiede, gegen die zunehmenden Vermögensdiskrepanz und gegen die Massenflucht der jüngeren Generation hat die Landes-SPÖ wenig anzubieten. Kaum irgendwo vermochte die Vorsitzende eine gut begründete Linie zu definieren, die Gesamtpartei darauf zu verpflichten und darüber ein modernes sozialdemokratisches Profil zu beschreiben. Auch der verschämte Vorschlag, Dreifachgeimpften eine Prämie von 500 Euro zu überweisen, um so die Impffzahlen nach oben zu treiben, hatte kaum genug Potenzial, um zur Profilbildung beizutragen.

Eine Reaktion, das fiel auf, kehrte in den Interviews regelmäßig wieder: Ein längeres Zögern auf die einfache Frage, für was die SPÖ Oberösterreich eigentlich steht. Es folgte dann oft die bekannte Liste mit Themen und Schwerpunkten der vergangenen Jahre: Arbeit, Bildung, Pflege. Es war eine zumeist eher rückwärtsgewandte Liste, die die Vergangenheit hochleben lässt. Doch die Wahlforschung weist längst aus, dass Erfolge der Vergangenheit keine Wahlerfolge in der Jetztzeit generieren. Gewählt wird, wer Perspektiven vermitteln und Hoffnungen auf die Zukunft eröffnen kann.

# GEMEINSAM VORAN



Je länger, desto offensichtlicher wurde: Der Partei fehlt im Bund, vor allem aber auch in Oberösterreich ein Markenkern, ein zentrales Nutzenversprechen, das im besten Fall noch durch einen emotionalen Zusatzwert, ein grundständiges, positives Gefühlsmoment ergänzt wird. Wenn eigene hauptamtliche Mitarbeiter:innen Mühe haben, spontan und assoziativ eine knappe Handvoll Begriffe zu benennen, die sie mit der SPÖ Oberösterreich verbinden und für die die Partei steht, ist das Problem hinlänglich beschrieben. Woher sollen dann die Wähler:innen wissen, wofür sie der SPÖ ihre Stimme geben sollen?

Eine Partei aber wird nur gewählt, wenn die Wähler:innen wissen, wofür sie steht und welchen Gegenwert sie erwarten dürfen. Wo dies nicht geklärt ist, kann kein Vertrauen entstehen. Damit fehlt die zentrale Voraussetzung für Zustimmung - und die Stimmenmaximierung findet anderswo statt. Wenn nicht klar ist, wohin die Partei ein Land führen möchte, fällt es auch den Mitgliedern und Sympathisant:innen schwer, sich entschlossen in den Wahlkampf zu werfen. Einen solchen Markenkern herauszuarbeiten und daraus ein Profil und ein neues zeitgemäßes, landestypisches Image abzuleiten, wird eine der zentralen Herausforderungen der Zukunft sein.

## Mitglieder- und Parteistruktur

Traditionell hat die ÖVP in Oberösterreich deutlich mehr Mitglieder als die SPÖ. Allerdings verstehen ÖVP-Mitglieder ihre Mitgliedschaft mehr als Bekenntnis und weniger als Verpflichtung zu aktiver Teilhabe.

In der SPÖ herrscht ein Selbstverständnis vor, wonach sich die Mitglieder der Partei sowie der Vorfeldorganisationen als Teil der sozialdemokratischen Bewegung verstehen. Im Vergleich zur FPÖ und den Grünen verfügt die SPÖ über eine deutlich solidere Mitgliederbasis, hinzu kommen große Vorfeldorganisationen wie der Pensionistenverband, die Sozialistische Jugend Österreichs und weitere Verbände. Möglicherweise trägt diese starke Fragmentierung in viele Verbände (Junge Generation, Frauenorganisation, Aktion kritischer Schüler\_innen, etc.) aber eher zur Zersplitterung bei, als zu einer schlagkräftigen Bewegung, was natürlich auch Auswirkungen auf die Kampagnenfähigkeit hat.

***Zitat:** „Hinzu kommen starke und aktive Nebenorganisationen: Naturfreunde, Kinderfreunde, Pensionistenverband, Gewerkschaften. Nur, das macht die SPÖ als Kern sehr schwach.“*

Dabei drängte sich in den Interviews wiederholt der Eindruck auf, dass die Landespartei mehr als Holding einer breit gegliederten Interessensorganisation denn als schlagkräftige Einheit fungiert. Interessen werden einerseits regional („für unseren Bezirk ist ganz besonders wichtig...“), andererseits aus der Perspektive einer Bewegung definiert. Die SPÖ Oberösterreich stellt auf ihrer Internetseite „Unsere Bewegung“<sup>1</sup> vor. Eine hohe Zahl an Vorfeldorganisationen suggeriert den Eindruck, als ob die sozialdemokratische Bewegung in allen denkbaren Lebensbereichen, von den Kinderfreunden über die Ausbildung, Sport und Kultur bis zum Pensionistenverband Hilfestellung bietet.

Dabei stellt sich die Frage, ob die SPÖ Oberösterreich wirklich noch in der Lage ist, in all diesen Lebensbereichen präsent zu sein und bei Problemlagen zur Seite zu stehen. Jedenfalls waren ein couragiertes Unterhaken und ein gemeinsames Engagement für ein gutes Wahlergebnis auf Landes-

# GEMEINSAM VORAN



ebene nicht wirklich zu erkennen. Möglicherweise lag der Fehler bereits in der Konzeption der Kampagne, die auf einen speziellen Impuls verzichtete, um die Bewegung in ihrer Breite in Marsch zu setzen. Dafür spricht auch, dass auch im Organigramm für das Aufgabenfeld Mitgliedermobilisierung/Bewegung kein Personal bereitgestellt wurde. Insbesondere die fehlende Mobilisierung der Stammwähler:innen und die fehlende Präzision, um gezielt verloren gegangene Wähler:innengruppen zurückzugewinnen, deuten darauf hin, dass die Potenziale der Bewegung nicht ausreichend genutzt worden sind.

**Zitat:** „Die unpolitische Jugend ist schwer erreichbar für die SPÖ. Die FPÖ ist cool, die SPÖ ist nicht cool.“

In den letzten zehn Jahren hat sich die Mitgliederstruktur der SPÖ von knapp 40.000 Mitgliedern (1. Januar 2011) um fast 15.000 auf 25.143 Mitglieder (August 2021) reduziert. Besonders auffällig ist, dass die SPÖ deutlich männlicher und im Durchschnitt auch deutlich älter ist als der Bevölkerungsdurchschnitt des Bundeslandes. Die Altersstruktur und das damit verbundene natürliche Ableben der Mitglieder ist die wichtigste Ursache für die Mitgliederverluste.

In den Interviews fiel auf, dass die meisten Funktionär:innen recht selbstkritisch auf die eigene Organisation blicken. Es dominiert der Eindruck, dass die SPÖ nur noch in wenigen Bezirken in der Mitte der Gesellschaft Präsenz zeigt. Wiederholt wurden verkrustete Strukturen beklagt und die Dominanz von Familien, die geradezu dynastisch Parteistrukturen dominierten und Ämter und Mandate in einer Art Erbfolge an die nächste Generation weiterreichten.

Immerhin, bis zum Spätsommer 2021 verzeichnete die Partei mehr Ein- als Austritte - was allerdings in Wahlkampfzeiten nicht unüblich ist und sich in den Monaten danach wieder relativiert. Wenn die Mitgliederbasis nicht weiter erodieren soll, müssen in den kommenden Jahren deutlich mehr neue und junge Mitglieder gewonnen werden, um dem eigenen Anspruch noch gerecht werden zu können. Das heißt, die Partei sollte dringend an Erscheinungsbild und Attraktivität arbeiten und mit Sprache, Themen und Anmutung nicht zuletzt jüngere Menschen in den Blick nehmen.

**Zitat:** „Ich glaube, es war ein Fehler, dass Umwelt im Landtagswahlkampf keine Rolle gespielt hat. Das ist definitiv was, was die junge Generation bewegt.“

Eine Analyse der Eintrittsmotivation von Neumitgliedern und eine Auswertung, welche Gliederungen mit welchen Methoden zuletzt besonders erfolgreich Neumitglieder geworben haben, könnte diesen Prozess in jedem Fall optimieren. Die Bezirksgeschäftsführungen sollten zusammen mit den Bezirksvorständen befähigt werden, effektive und einladende Parteistrukturen zu entwickeln und vor allem auf lokaler Ebene das Image einer Partei der guten Nachbar:innen wieder zum Leben zu erwecken. Das war einmal das Erfolgsgeheimnis der SPÖ.

Bruno Kreisky formulierte einst: „**Ich bin 24 Stunden am Tag für meine Bürger erreichbar.**“ Er meinte damit, die Bürger:innen müssten immer das Gefühl haben, dass sich Sozialdemokrat:innen ernsthaft um die Belange der Menschen kümmern und eine Vorstellung von der Zukunft des Landes haben. Und, dass Sozialdemokrat:innen konkret und vor Ort für die Menschen ansprechbar sind. Dazu gehören auch scheinbare Nebensächlichkeiten.

# GEMEINSAM VORAN



ten wie die Bereitschaft, dass Landesvorstand und Klubmitglieder schnell und aufmerksam auf Briefe und Mails aus der Bevölkerung reagieren und zeitnah antworten. Deshalb könnte es sich in künftigen Kampagnen lohnen, mehr Aufmerksamkeit und Kreativität in die Aktivierung von Mitgliedern und Vorfeldorganisationen zu investieren. Engagierte Mitglieder helfen bei der Mobilisierung von Stammwähler:innen und bringen zusätzliche Energie für den Schlusspurt.

Wenn nur die Hälfte der Mitglieder zehn Stunden (kalkuliert mit 10€ pro Stunde) in den Wahlkampf investiert, etwa für Hausbesuche oder das Aufhängen von Plakaten, entspricht das umgerechnet etwa 1,25 Millionen Euro im Wahlkampfbudget. Mit einer besseren Mobilisierung der Mitglieder lassen sich also nicht nur zusätzliche Potenziale erzielen, sondern auch neue Spielräume im Wahlkampf. Und die sind nötig, wenn drei Kampagnen gleichzeitig zu organisieren sind.

## Die Rolle der Bezirke

Wie das Land ist auch die SPÖ Oberösterreich in 15 Bezirksorganisationen gegliedert. Die Bezirke agieren innerhalb der SPÖ weitgehend autonom. Sie sind für die politische Willensbildung und Verankerung der Partei an der Basis der Gesellschaft verantwortlich. So sind die Bezirke einerseits Aushängeschilder, andererseits Seismographen, die die Stimmung vor Ort kennen sollten, Themen aufgreifen und vor allem eng an der Lebenswirklichkeit der Menschen agieren sollten.

Eine weitere Aufgabe hat die Partei in den Bezirken in der Personalentwicklung, also bei der Anwerbung neuer Mitglieder genauso wie bei der Rekrutierung von Kandidat:innen für die Gemeinderäte.

Eine besondere Rolle kommt dabei den Bezirksgeschäftsführer:innen zu, die auch im Statut der Landespartei definiert ist. Sie sollen einerseits die politischen Beschlüsse und Ziele der Bezirksorganisation umsetzen, andererseits sind sie dem Landespräsidium (faktisch dem:der Landesgeschäftsführer:in) unterstellt. Dieser Spagat deutet auf eine nicht immer ganz konfliktfreie Zusammenarbeit hin.

Aus den Interviews ergab sich bisweilen der Eindruck, dass die Geschäftsführer:innen zum Teil auch als persönliche Assistent:innen oder/und Pressesprecher:innen der Bezirksvorsitzenden fungieren. Dieses eher unklare Profil trägt nicht zur Stärkung der SPÖ in Oberösterreich bei und führt perspektivisch auch nicht zur Steigerung der Kampagnenfähigkeit.

Sollte der Landesvorstand die Themen künftig konsistenter planen und sich zu besonderen Aktionen durchringen, die etwa auf die Steigerung der Mitgliederzahlen oder die Personalentwicklung abzielen, können diese nur erfolgreich sein, wenn die zentrale Projektsteuerung durch die Landesgeschäftsführung erfolgt und die Bezirke die hauptamtlichen Funktionär:innen dabei unterstützen.

## Andere Kraftzentren

Der SPÖ Oberösterreich ist nach einer Reihe von Misserfolgen und langer Durststrecke in weiten Teilen die Entschlossenheit und die Aura des Erfolgs abhanden gekommen.

Die Partei ist von Entwicklungen betroffen, wie sie auch bei anderen sozialdemokratischen Parteien in Europa zu beobachten sind. Die Niederlande, Frankreich oder bis September 2021 auch Deutsch-

# GEMEINSAM VORAN



land sind Beispiel für die schwere Krise, die die Sozialdemokratie derzeit in vielen Ländern durchlebt.

Dafür sind viele, vor allem gesellschafts- und innenpolitische, aber auch binnenorganisatorische Gründe verantwortlich. Ausgelöst und verstärkt wurden die Krisen der sozialdemokratischen Parteien auch, weil vielfach die programmatische Zukunftsaufstellung zögerlich oder nicht ausreichend angegangen worden ist. Dazu gehören nicht zuletzt die Sprachlosigkeit oder wolkige programmatische Aussagen zu wesentlichen Themen unserer Zeit. Für die SPÖ Oberösterreich sind das Fragen wie:

- Wie konsequent will die Sozialdemokratie den Klimawandel gestalten?
- Welche Konzepte hat die Partei, um den wirtschaftlichen Transformationsprozess erfolgreich voranzutreiben?
- Wie stellt die Sozialdemokratie sicher, dass das Selbstwertgefühl, die soziale Sicherheit und die finanzielle Unabhängigkeit der Beschäftigten bei der Transformation nicht auf der Strecke bleiben?
- Wie sieht eine progressive Zuwanderungspolitik aus? Wie definiert sich eine zukunftsweisende Migrationspolitik, ohne dass täglich Flüchtlingsboote im Mittelmeer sinken?
- Welche Ideen hat die Sozialdemokratie für die Arbeitswelt der Zukunft? Was hat sie Startups, Existenzgründer:innen und vor allem den vielen Beschäftigten im Dienstleistungssektor anzubieten?
- Wie will die Partei dem Aufstiegsversprechen für nachwachsende Generationen gerecht werden?
- Welche Vorstellung hat die Partei von selbstbestimmten Lebensentwürfen für Frauen, Männer und Familien?

Wähler:innen und Mitglieder haben ein feines Ge-

spür dafür, ob und wie ernsthaft eine politische Partei die Themen der Zeit und Zukunft angeht. Wenn eine Partei keine Zukunftshoffnungen bei den Wähler:innen weckt, werden Wahlerfolge zur Ausnahme und bleiben eigentlich nur denkbar, wenn die politischen Mitbewerber:innen schwere Fehler begehen.

Wie schnell sich die Lage ändern kann und wie hilfreich dabei eine vorausgegangene saubere Wahlkampfanalyse ist, zeigt der Blick auf die deutsche SPD. Bei der Bundestagswahl 2017 erreichte die SPD nur noch 20,5 Prozent und damit das schlechteste Nachkriegsergebnis. Im Nachgang der Analyse wurden interne Strukturen verändert und programmatische Zukunftsfragen grundsätzlich entschieden. Seit Oktober 2021 gibt es wieder einen sozialdemokratischen Kanzler, und der SPD wird in Umfragen die höchste Zukunftskompetenz bei den wesentlichen Themen attestiert.

Das Image der Erfolglosigkeit verstärkt offensichtlich auch den innerorganisatorischen Prozess der Fraktionierung. Die SPÖ macht auf Ausstehende den Eindruck einer kompartimentierten Organisation, verbunden und doch aufgeteilt.

Traditionell sind in einem von der Industrie geprägten Bundesland erfolgreiche Gewerkschaften und selbstbewusste Betriebsräte ein bedeutsamer Machtfaktor. Ohne die tatkräftige Unterstützung der gewerkschaftlichen Bewegung ist eine erfolgreiche Sozialdemokratie kaum vorstellbar. Gegen sie sind Erfolge undenkbar.

**Zitat:** „Was die Gewerkschaften können und was man von ihnen lernen kann, ist Klientelpolitik und Mitglieder gewinnen. Das können sie einfach.“

# GEMEINSAM VORAN



Es ist allerdings auch ein Faktum, dass Gewerkschaften in erster Linie Interessenvertretungen sind. Sie haben ihre eigene Sprache, ihren eigenen Habitus und ihre eigenen Rituale. Verständlich, sie sollen ja die Interessen der Beschäftigten und der Betriebsräte vertreten. Naturgemäß ist ihnen dabei ein eher schützender und bewahrender Charakter immanent. Diese Interessen sind aber nicht immer mehrheitsfähig oder zwangsläufig auf eine notwendige Weiterentwicklung des Landes zugeschnitten. Es muss immer Schnittmengen zwischen einer sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften geben, eine fortschrittliche Partei muss allerdings auch immer ein Interesse daran haben, weiterreichende Vorstellungen für eine Gesellschaft zu entwickeln.

*Zitat: „Die Gewerkschaften sind sehr laut - auch in der Landespartei. Was oft schwierig ist, weil ihre persönlichen Machtinteressen im Vordergrund stehen und nicht die Themen.“*

Auch die SPÖ-Bürgermeister:innen sind eine Art Powerbank für die Partei. Sie sind die Vergewisserung, dass die sozialdemokratischen Werte noch längst nicht ausgedient haben. Jede Partei ist stolz darauf, erfolgreiche Bürgermeister:innen in ihren Reihen zu haben. Dieser Stolz ist allerdings überschattet, wenn die Landespartei seit vielen Jahren weit davon entfernt ist, den Landeshauptmann zu stellen. Gute Bürgermeister:innen strahlen in der Wahrnehmung von Wähler:innen viele Eigenschaften aus, unter anderem das Forsche, das Beschützende, das Weitblickende und manchmal auch das Autoritäre.

Wenn die Bürgermeister:innen erfolgreich sind, ist in ihrer eigenen Wahrnehmung selten die Partei dafür verantwortlich, es ist vielmehr ihr persönlicher Erfolg. Läuft es allerdings nicht so gut, hat

die Partei nicht unmaßgeblich dazu beigetragen. Oder wie es ein Bürgermeister formulierte: „Wenn wir Angst haben, dass etwas schief gehen könnte, setzen wir mehr auf Ego. Und wenn wir das Gefühl haben, der Laden läuft gut, sind wir erst recht auf dem politischen Egotrip.“ In jedem Fall - und insbesondere im Erfolgsfall - schaffen sie es, die örtlichen Funktionär:innen in den eigenen Wahlkampf einzuspannen. Mitglieder und Sympathisant:innen, die dann für die Kampagne der Landespartei fehlen, wenn die Kampagnen nicht zusammen gedacht werden. Auch das erklärt die signifikanten Differenzen zwischen Landtags- und Kommunalwahlergebnissen.

Eine Landespartei wird dann erfolgreich sein, wenn es gelingt, den Bürgermeister:innen die notwendigen Freiräume für erfolgreiches Wirken zu geben und gleichzeitig mit den Bürgermeister:innen zusammen an der Übersetzung der lokalen Erfolge für das Bundesland (das gilt auch vice versa) zu arbeiten. Insbesondere beim Transfer von programmatischen Themen in praktische Politik sind Bürgermeister:innen von zentraler Bedeutung. Wenn erfolgreiche sozialdemokratische Politik mit sichtbaren und erlebbaren Beispielen belegt werden kann, hilft das allen: Es stärkt die Landespartei und es wirft ein zusätzliches Licht auf die erfolgreichen sozialdemokratischen Bürgermeister:innen. Linz, Steyr oder Leonding sind bei aller Individualität überaus gelungene und nachahmenswerte Beispiele für erfolgreiche sozialdemokratische Politik.

In Stadtstaaten, wie in Deutschland Hamburg oder Berlin und in Österreich dieser Logik nach Wien, entfällt eine Gliederungsebene und damit auch eine Sollbruchstelle. Alle Ebenen der Partei und auch der staatlichen Regelungsebenen fühlen sich als Teil der Metropolen. In Flächenländern gibt es immer wieder das Bestreben, sich vom Zentrum

# GEMEINSAM VORAN



(„von denen da oben“ – wobei mit „oben“ die Landesebene und die Führung der Landeshauptstadt in einen Topf geworfen werden) abzusetzen. Häufig entsteht diese Spannung, weil in den eher ländlichen Regionen der Eindruck entsteht, dass Aufmerksamkeit und finanzielle Ressourcen vorrangig der Landeshauptstadt zugute kommen, obwohl der Gestaltungsbedarf – politisch wie staatlich – in den ländlichen Regionen mindestens genauso herausfordernd ist.

Rein strategisch betrachtet könnte man zu der Auffassung kommen, dass es sich weniger lohnt, Energie und Finanzen in die Unterstützung kleinerer Gemeinden und Dörfer zu investieren. Rein nominell sind dort wenig Wähler:innen zu erreichen. Auch der Widerspruch zur Landespolitik aus kleineren Gemeinden wird in der Landeshauptstadt weniger laut und kraftvoll wahrgenommen werden. Dieser taktische Eindruck führt kurz- bis mittelfristig dazu, dass sich Regionen und kleinere Gemeinden von den Zentralen absetzen und schlimmstenfalls gegen „die da oben“ verbünden.

Dieser Effekt schwächt mehrfach und behindert die schlagkräftige Aufstellung einer Landespartei. Zum einen führt er dazu, dass in den Regionen das regionale Interesse stets vor den Interessen der Gesamtheit einsortiert wird. Zum anderen wird die Partei nicht als Einheit, sondern eher als wuseliger Haufen wahrgenommen. Einer vielstimmigen, sich uneinig gebenden Landespartei wird jedoch nicht zugetraut, das ganz Land zu führen. Es führt vielmehr dazu, dass das Vertrauen der erfolgreichen Bezirke und Bürgermeister:innen in die Gestaltungskraft der Landespartei noch weiter erodiert.

In einem Flächenland ist es für eine erfolgreiche Landespartei daher von zentraler Bedeutung, eine präzise Vorstellung von der Entwicklung des ge-

samten Landes zu entwickeln. Wie soll das gleichwertige Leben in Städten und ländlichen Region erhalten und ausgebaut werden? Wie lassen sich wichtige Infrastrukturaufgaben, öffentlicher Nahverkehr, gute Bildungs- und Kultureinrichtungen und eine sichere medizinische und soziale Versorgung gewährleisten?

Das gilt auch für die organisationspolitische Aufstellung der Landespartei in all ihren Bezirken. Welche Aufgaben kommen den Bezirken für die inhaltliche Entwicklung und die organisatorische Stärkung zu? Welches Bild sollen die Bezirke in der öffentlichen Berichterstattung zeichnen? Wie wird die Sozialdemokratie in den Gemeinden des Bezirks vital und sichtbar? Wie können Personalentwicklung, Nachwuchsförderung und Mitgliedergewinnung in den Bezirken verbessert werden? Wie lassen sich regionale Kampagnen (jenseits von Landtags-, Europa- und Nationalratswahlen) landesweit begleiten und verstärken?

In der Logik dieser Zusammenhänge liegt auch eine Schwäche der Landespartei und ihrer Gremien. Der Landesvorstand der SPÖ Oberösterreich ist mit fast 80 Mitgliedern ziemlich groß – zum Vergleich: das Zentralkomitee der KP China hat 150 bis 200 Mitglieder – und scheint in dieser Ausgestaltung nicht wirklich handlungsfähig zu sein.

Es drängt sich der Eindruck auf, dass der Landesvorstand eher als Aufsichtsrat einer Holding präsidiert und weniger als Führungsorgan einer Partei arbeitet, die entschlossen ist, ein Land zu gestalten, zu führen und zu diesem Zweck auch Wahlen zu gewinnen. Programmatische Entscheidungen werden als Friedensangebot an die Mitglieder des Landesvorstands formuliert und weniger als ernsthaftes Angebot für die Wähler:innen verstanden.



# GEMEINSAM VORAN



**Zitat:** „Das Präsidium und der Landesvorstand müssen eine arbeitsfähige Größe bekommen.“

Strukturell notwendige Entscheidungen können in einem derart überbesetzten Gremium bestenfalls verkündet, aber nicht gemeinsam entwickelt werden. Kritische und nachdenkliche Diskussionen sind in einem solchen Rahmen nahezu unmöglich.

Hier wäre ein Nachdenken über eine Straffung der Gliederungsstrukturen und handlungsfähige Führungsgremien dringend angeraten. Auch eine Neujustierung und klare Aufgabendefinition der Vorfeldorganisationen könnte die Kampagnenfähigkeit deutlich erhöhen. Die wichtigste Aufgabe ist allerdings, entschlossen einen Prozess einzuleiten, der die verschiedenen Machtzentren der SPÖ Oberösterreich auf eine gemeinsame Agenda zu fokussiert. Bei der Umsetzung der Agenda sollten die Potenziale der Bezirke, die Umsetzungskraft der Bürgermeister:innen, die Gestaltungskraft der Gewerkschaft, die Breitenwirkung der sozialdemokratischen Bewegung und die Einflussmöglichkeiten des sozialdemokratischen Klubs im Landtag zu einem großen Ganzen zusammenfließen.

Das ist keine Aufgabe, die sich mit Beschlüssen des Präsidiums, des Landesvorstands oder gar eines Parteitag allein umsetzen lässt. Statutarische Änderungen müssen von den Gremien beraten und von einem Parteitag beschlossen werden. Der organisatorische Veränderungsprozess müsste von der Führungsmannschaft der SPÖ als Gemeinschaftsaufgabe angegangen und in Etappen umgesetzt werden.

**Zitat:** „Team wäre so ein Wort, das man mal ganz groß wohin schreiben müsste.“

Die Erfahrung zeigt, dass es sinnvoll ist, an diesem Prozess externe Begleiter:innen, neue Landtagsmitglieder und Bürgermeister:innen zu beteiligen. Und: Es wird dabei nicht ohne Offenheit und Vertrauen gehen - auch wenn diese Tugenden bei der SPÖ Oberösterreich ein wenig aus dem Blickfeld geraten sind.

Unabdingbare Voraussetzung ist ein starker Wille zu einer solchen Veränderung. Der kollektiv verankerte Wille, das Land Oberösterreich in eine bessere, soziale und nachhaltige Zukunft zu führen. Die Bundestagswahl 2021 in Deutschland hat es gezeigt: Dafür ist eine geschlossene und entschlossene Partei eine ganz zentrale Voraussetzung.

## Die Medien

In weiten Teilen hat die Partei in Oberösterreich ein belastetes Verhältnis zu den Medien. Bei den Interviews brachten viele Gesprächspartner:innen ihr Gefühl zum Ausdruck, von den Medien unfair behandelt, vernachlässigt und benachteiligt zu werden. Pressekonferenzen würden nicht besucht, Presseaussendungen ignoriert, Stellungnahmen nicht abgedruckt. Die ÖVP werde eindeutig bevorzugt, nicht zuletzt, weil sie in den regionalen Zeitungen Inserate platziere.

Das stimmt, zumindest zum Teil. Denn dort, wo sie regiert, macht es die SPÖ nicht anders - auch sie betreibt etwa in Wien mediale Landschaftspflege, indem sie bei den lokalen Printmedien bezahlte Inserate in Auftrag gibt. Auch deshalb erscheint es in Oberösterreich so, als ob sich die Partei in der selbstgewählten Opferrolle ein Stück weit eingerichtet hat.

# GEMEINSAM VORAN



*Zitat: „Wir müssen den entsprechenden Stoff liefern, dann schreiben die auch über uns. Ändern kann man das nur, indem wir das, was wir liefern, aufbessern. Da verstehe ich die Journalisten.“*

Daraus jedoch kann man sich befreien. Grundsätzlich sollten Presseaussendungen einen Neuigkeitswert enthalten oder, im besten Falle, Überraschendes bieten. Pressekonferenzen abzuhalten heißt nicht automatisch auch, dass es hinterher eine Berichterstattung gibt. Die gibt es nur, wenn man auch Neues anzubieten hat. Zu einer professionellen Pressearbeit gehört die beständige Kontaktpflege zu den Journalist:innen, wenn möglich auch zu den Chefredakteur:innen - auch wenn diese bekanntermaßen konservativ sind. Die Themen müssen aktuell gewählt sein, und sie sollten - was ebenfalls immer die Chance auf Wiedergabe erhöht - einen regionalen Bezug haben. Oder wie es ein einflussreicher Funktionär formuliert: *„Wenn die Geschichten interessant sind, hat es bei mir immer funktioniert.“*

*Zitat: „Für den politischen Erfolg ist nicht wesentlich, was man tut, sondern was man wem, wie und wann kommuniziert.“*

Zu einer professionellen Pressearbeit als Organisation gehört auch eine gewisse Servicementalität. Soll heißen, man sollte die Medienvertreter:innen schnell, unkompliziert und zuvorkommend behandeln. Dazu gehören schnelle Informationsbeschaffung, verlässliche Rückrufe und möglichst klare Botschaften. Und selbst bei bekanntermaßen konservativen Medienvertreter:innen muss die Maxime immer sein: Freundlichkeit ist die größte Gemeinheit.

## Kernthesen

Bei der Landtagswahl 2021 hat die SPÖ Oberösterreich ihre selbstgesteckten Ziele – mindestens 20 Prozent und Platz zwei – knapp verfehlt. Und obwohl das Ergebnis in Anbetracht der schwierigen Ausgangslage alles in allem respektabel ist, kann es für die Partei nicht zufriedenstellend sein.

Wer sich als Partei von außen durchleuchten lässt und den Mut aufbringt, sich für die zukünftige Aufstellung einer kritischen Analyse zu öffnen, hat schon einen wesentlichen Schritt in Richtung einer besseren Zukunft getan. Die abschließenden Impulse erheben weder einen Anspruch auf Vollständigkeit noch sind sie die einzige Wahrheit. Wie sie damit umgeht welche Schritte sie in den kommenden Monaten und Jahren unternimmt, liegt zu forderst - wenngleich die Gesamtpartei ihren Beitrag dazu leisten muss - in den Händen der Parteiführung.

## Es gibt nur eine Sozialdemokratie

Der derzeitige Zustand der Partei, der gesamten sozialdemokratischen Bewegung in Österreich wie in Oberösterreich ist besorgniserregend. Die Bundespartei, die Landespartei in Oberösterreich, die Partei auf Bezirksebene, die sozialdemokratischen Bürgermeister:innen, aber auch die Sozialdemokrat:innen in den Vorfeldorganisationen, - sie alle kämpfen für sozialdemokratische Ideen und das gemeinsame Ziel, das Leben für die Menschen zu verbessern und ihnen eine sichere und nachhaltige Zukunft zu ermöglichen.

Und dennoch erscheint genau das unklar zu sein: Wofür engagieren wir uns eigentlich genau? Für was steht diese Partei? Welche Vorstellung von Zukunft hat sie?

Wahlen zu gewinnen ist kein Selbstzweck. Dazu müssen sich alle einem gemeinsamen Ziel unterordnen. Dieses Ziel (wieder) neu zu definieren, wird eine zentrale Aufgabe aller Sozialdemokrat:innen in Österreich in den nächsten Jahren sein. Auch die SPÖ in Oberösterreich muss sich diese Frage stellen und sich darauf verständigen, wie sie die Zukunft des Bundeslandes gestalten will. Dabei wird es zwangsläufig zu Meinungsverschiedenheiten kommen – was auch erwünscht ist, solange es konstruktiv und zielorientiert zugeht. Das ist auch eine Frage des politischen Stils. Zwischenrufe von der Seitenlinie, Nörgeleien und gegenseitige Schuldzuweisungen helfen sicher nicht, sondern beschleunigen allenfalls den Niedergang.

## Politik ist Organisation

Die Organisationsstruktur der SPÖ in Oberösterreich spiegelt eine lange Tradition des Nichtanerkennens wider. Es hat sich eine Kultur der maximalen Fehlervermeidung, des Niemanden-verprellen und letztlich der Mutlosigkeit festgesetzt. Scheinbar unüberwindbare Spannungen wurden immer wieder durch Erweiterungen der Gremien ausgeglichen. Damit ist die Partei einigermaßen konfliktfrei durch die Zeit gekommen, wurde gleichzeitig aber auch immer profilloser.

Um zukünftig wieder kantiger und vor allem entscheidungsfähiger zu werden, empfiehlt es sich, die Funktionsweise der sozialdemokratischen Bewegung einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Dazu gehört auch eine Neubewertung der Aufgaben der Vorfeldorganisationen und welche Zielgruppen von ihnen erreicht werden sollten.

Die Größe des Landesvorstands ist beeindruckend. Nur sagt die Größe eines Gremiums wenig über seine Handlungsfähigkeit, Effizienz und Schlagkraft aus. Eher das Gegenteil ist der Fall: Je größer,

# GEMEINSAM VORAN



desto träger und unverbindlicher fallen in der Regel die Entscheidungen aus.

Es empfiehlt sich, die Gremienstruktur in Richtung einer kampagnenstarken Partei zu verändern. Dabei sollten Präsidium und Landesvorstand zum Motor der Veränderung werden. Im besten Fall geht von der Neuaufstellung auch das Signal aus, dass die SPÖ in Oberösterreich entschlossen und in der Lage ist, das Land zu gestalten. Sinnvollerweise berücksichtigt eine solche Neuaufstellung die verschiedenen Ebenen und Interessengruppen (darunter Gewerkschaft, Bezirke, Bürgermeister:innen), integriert sie und beteiligt sie an dem Prozess.

## Von Erfolgen lernen

Der SPÖ Oberösterreich gelingt auf kommunaler Ebene durchaus noch, was sie landesweit nicht mehr schafft: Sich Erfolge zu erarbeiten. Sie ist dort erfolgreich, wo sie langfristig plant, ein klar definiertes strategisches Zentrum zusammenstellt, sich eine politische Strategie zurecht legt - und diese dann auch mit einer gewissen Konsequenz verfolgt. Erfolge sind unter gewissen Voraussetzungen also möglich. Die Landespartei ist gut beraten, sich bewährte Strategien erfolgreicher Bürgermeister:innen genau anzuschauen.

Allerdings, niemand sollte sich auf seinen Erfolgen ausruhen. Wenn auch die Landespartei wieder an Kraft und Ausstrahlung zulegen soll, ist Solidarität gefragt. Das heißt, die erfolgreichen Bürgermeister:innen und Kommunalpolitiker:innen sollten Wissen und Erfahrung weitergeben, um so auch schwächeren Bezirken wieder Chancen zu ermöglichen. In diesem Kontext wäre es hilfreich, Rolle und Aufgaben der Bezirkssekretär:innen – sie sind das Organisationsgerüst der Landespartei – eindeutig zu klären. Wenn die Partei kurz- bis mittel-

fristig wieder erfolgreich sein will, sollten Bezirke und ihre hauptamtlichen Kader Erfolgsgeschichten vermitteln. Gleichzeitig könnten die Bezirke vermehrt einen Beitrag leisten, indem sie Themen, die vor Ort besonders relevant sind, in Richtung Landespartei und Landtagsklub kommunizieren.

## Synergien nutzen

Wenn Wahlen parallel stattfinden, hat sich das in der Vergangenheit nicht als Vorteil für die SPÖ in Oberösterreich erwiesen. Da es kurzfristig nicht danach aussieht, dass die Wahltermine entzerrt werden, empfiehlt es sich, mit dieser Gleichzeitigkeit anders umzugehen als bisher.

Ob mittelfristig eine Entzerrung der Wahltermine sinnvoll ist, wäre zumindest im Landesvorstand eine breitere Erörterung wert. Finden die Wahlen allerdings weiter zeitgleich statt, sollten alle denkbaren Synergien genutzt werden. Dazu gehört, dass die Landespartei mehr Personal und Mittel zur Verfügung stellt, um die Ebenen zu koordinieren und sie miteinander zu verzahnen.

Dazu gehört umgekehrt aber auch, dass die Bezirke und Bürgermeister:innen die gleiche Energie in den Landtagswahlkampf investieren, wie in den eigenen Wahlkampf. Dass Bezirke, wie 2021 geschehen, den Landtagswahlkampf mehr oder weniger verweigern und sich nur der kommunalen Kampagne widmen, sollte ein NoGo sein. Um dahin zu kommen, muss sich die Kommunikation zwischen Land und Bezirken deutlich verbessern, nicht zuletzt, um neues Vertrauen zu schaffen und wieder ein gemeinsames Verständnis von Haltung, Taktik und Strategie zu entwickeln. Gemeinden und Städte, in denen die SPÖ regiert und stark ist, können als Musterbeispiele für erfolgreiche sozialdemokratische Politik genutzt und auf Landesebene besser in Szene gesetzt werden.

# GEMEINSAM VORAN



## Was Partei und Gewerkschaft unterscheidet

Die Gewerkschaften sind ein unverzichtbarer Teil der sozialdemokratischen Bewegung. Sie müssen ihren Platz in der Partei haben, denn sie wissen, wo in den Betrieben der Schuh drückt, und sie können mobilisieren wie keine Institution und keine Organisation sonst. Und doch sollten Partei und Gewerkschaften offen und ergebnisorientiert ihre Zuständigkeiten und Aufgaben abstimmen. Die Selbstverständlichkeit, mit der Gewerkschaftsvertreter:innen - weil es sich über Jahrzehnte so abgespielt hat - vor Wahlen bestimmte Listenplätze für sich beanspruchen, ist zumindest eine Diskussion wert.

Wer für die Partei in Parlamente zieht, ist zu forderst der Partei und seinem Gewissen verpflichtet - das muss auch für Kandidierende der Gewerkschaften gelten.

Gewerkschaften sind Interessengruppen, einer bestimmten Klientel verpflichtet und deshalb bisweilen weniger ausgleichs- und kompromissorientiert, als dies eine Volkspartei sein sollte. Ein Hang zur Besitzstandswahrung kommt hinzu. Parteien müssen sich Herausforderungen unter anderen Prämissen nähern, andere Aspekte im Auge behalten und funktionieren im Innenbetrieb letztlich auch anders. Sie müssen die Zukunft im Auge haben, Interessen austarieren und den Gemeinwohlbegriff für sich immer wieder neu definieren. Viele Ziele und Interessen von Partei und Gewerkschaften sind kongruent - aber sie sind es nicht per se und automatisch.

## Neue Köpfe für Land und Partei

Seit vielen Jahren ist es 2021 wieder gelungen, mehr neue Mitglieder in die SPÖ aufzunehmen als

ausgetreten sind. Diesen Trend in den kommenden Jahren fortzusetzen und zu verstetigen, ist aller Anstrengungen wert.

Eine Analyse der Eintrittsmotive der Neumitglieder 2021 sowie eine Auswertung, welche Bezirke besonders erfolgreich bei der Mitgliedergewinnung waren und warum, könnte eine gute Grundlage bilden, an diesen Erfolg anzuknüpfen. Auch eine gezieltere Nachwuchsförderung würde bei der Neuaufstellung helfen. Die Auswahl und Förderung von überzeugendem Personal für Mandate (Gemeinderäte, Landtags-, Nationalratsabgeordnete und Bürgermeister:innen) und Funktionen auf allen Ebenen der Partei sollte zu einer zentralen Aufgabe werden, der sich Landes- und Bezirksvorsitzende gemeinsam mit den Geschäftsführer:innen der Bezirke stellen. Dabei sollte der Landesgeschäftsführer die Koordination übernehmen.

## Verankerung des:der Spitzenkandidat:in

In der Politik braucht man Vertrauen. Das kann nur dann entstehen, wenn die Akteur:innen schon gemeinsam gekämpft haben und sich lange und intensiv kennen. Insofern ist es sinnvoll, sich bald Gedanken über die:den nächste:n Spitzenkandidat:in zu machen. Diese Person braucht ausreichend Zeit, sich in den verschiedenen Ebenen der Partei und den Regionen bekannt zu machen und zugleich ein Team - möglichst kampagnenerfahren und divers - aufzubauen, das den Wahlkampf vorbereitet und diesen dann gemeinsam stemmt. Je früher die Erzählung mit dem:der Spitzenkandidat:in steht, umso besser lässt sich die Geschichte erzählen, bebildern und vermitteln.

## Mit Haltung in die Zukunft

Durch die vielen Niederlagen der zurückliegenden Jahre (und Jahrzehnte) ist in der Partei das Selbst-

# GEMEINSAM VORAN



bewusstsein verloren gegangen, dass Sozialdemokrat:innen die entscheidenden Impulse für die Zukunft des Landes geben können und vor allem auch geben wollen.

Haltung lässt sich nicht beschließen oder verordnen, Haltung muss erarbeitet und anschließend durch souveränes Auftreten in der Öffentlichkeit vermittelt werden. Das gilt sowohl für die Spitzen der Partei wie auch für die Genoss:innen in den Gemeinderäten, in den Betrieben und selbstverständlich auch für die Bürgermeister:innen. Nicht unterschätzt werden sollten dabei Sekundärtugenden wie Ansprechbarkeit und Verlässlichkeit (dazu gehören auch so lästige Dinge wie die Beantwortung von Fragen, Mails und Briefen). Sie verstärken den Eindruck, dass es die SPÖ ernst damit meint, den Kontakt zu den Menschen wieder zu intensivieren und sich auf den Weg macht, wieder zu einer relevanten Größe in Oberösterreich zu werden.

## Abgrenzung zur Regierungspartei

Solange das derzeit geltende Proporzsystem eine Allparteienregierung vorsieht, fällt es schwer, die Regierung, der man immer auch selbst angehört, unvermittelt („nur weil Wahlkampf ist“) zu kritisieren. Die derzeitige Legislaturperiode sollte dazu genutzt werden, schon jetzt auf Distanz zur angeschlagenen ÖVP zu gehen und ihre Defizite stärker in den Blick zu nehmen als das bisher geschehen ist. Auch Schwächen und Fehler des Landeshauptmanns dürfen dabei durchaus in geeigneter Weise angesprochen werden.

Für die öffentliche Kommunikation könnte eine Aufgabenteilung sinnvoll sein: Wer zukünftig eher eine führende Aufgabe in der Regierung anstrebt, ist vermutlich nicht geeignet für die Abteilung Attacke. Wer erfolgreich attackiert, sollte nicht zugleich als Teil der Regierung fungieren. Bei dieser

Aufgabenteilung muss stets die Einheit der Partei sichtbar bleiben - es geht nicht um persönliche Profilierung, es geht um das Profil der Partei.

## Auf die Klarheit kommt es an

Aus vielen Interviews ging hervor, dass weder Wählende noch Funktionär:innen der SPÖ in der Lage sind, klar zu benennen, was die Partei will und in welche Zukunft sie Oberösterreich führen will. Die SPÖ sollte sich auf ihren Markenkern besinnen und an einer klaren Idee für die Zukunft des Landes arbeiten. Allem voran sollte sie sich dem Megathema der Zeit stellen: Wie kann die ökonomische und digitale Transformation in Oberösterreich gelingen, ohne dass jemand auf der Strecke bleibt? Dazu gehören eine klare Idee und Haltung davon, wie der Industriestandort auf die Auswirkungen des Klimawandels reagieren sollte, wie die moderne Arbeitswelt der Zukunft aussehen kann, wie dem Fachkräftemangel begegnet werden muss, wie sich annähernd gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land herstellen lassen und was es braucht, um eine älter werdende Gesellschaft in eine nachhaltige Zukunft zu führen.

Ein Wort in eigener Sache:

Zum Schluss möchten wir uns für die offenen und guten Gespräche bedanken, die wir im Rahmen der Analyse geführt haben. Die Hinweise zur politischen Situation in Österreich von Klaus Prömpers haben uns hilfreich begleitet. Ohne die aufmerksame Unterstützung bei der Terminierung durch das Büro der Landespartei, ohne die gewinnbringende Transkription durch Charlotte Faltas und ohne das präzise Redigieren durch Leonie Trebeljahr würde die Analyse nicht in dieser Form vorliegen.

# GEMEINSAM VORAN



## Impressum

Herausgeberin:  
SPÖ Oberösterreich  
Landstraße 46  
4020 Linz

Linz, Jänner 2022

Text: Jana Faus, Horand Knaup, Michael Rüter

Druck: SPÖ Oberösterreich

Layout: SPÖ Oberösterreich/Karr-Sajtarevic/Rummerstorfer